



**Vielfalt
schätzen.**

**Teilhabe
stärken.**

**Zukunft
gestalten.**

1. Nürnberger Integrationskonferenz

20. Mai 2011

südpunkt

Dokumentation

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Konferenzteilnehmer/innen,

„1. Nürnberger Integrationskonferenz – warum erst jetzt?“ war eine der vielen Fragen, die auf der Konferenz gestellt wurden. Integration ist eine der wichtigsten gesamtgesellschaftlichen Aufgaben, die gemeinsames Handeln erfordert. Ziel sind gleiche Verwirklichungschancen und gleichberechtigte Teilhabe für alle, die in Nürnberg wohnen – unabhängig von ihrer Herkunft oder Abstammung. In Nürnberg haben wir schon vor vielen Jahren damit begonnen, uns auf die Herausforderungen einer durch Zuwanderung veränderten Stadt einzustellen. Integrationspolitik wird dabei als Querschnittsaufgabe begriffen, die nachhaltig alle Bereiche kommunalen Handelns betrifft und von allen Referaten und Dienststellen der Stadt bei ihrer Arbeit berücksichtigt werden muss. Bei der Integrationskonferenz sollte eine Zwischenbilanz der Integrationspolitik und Integrationsangebote der Stadt gezogen werden. Wo stehen wir? Wo gibt es Optimierungsbedarf? Vor allem sollte die Konferenz dazu dienen, Transparenz herzustellen über die Struktur und Themen der Integrationsarbeit und Integrationspolitik der Stadt. Gleichzeitig führte sie Akteure aus unterschiedlichsten Handlungsfeldern und Gremien sowie Interessierte zusammen, um Erfahrungen und Informationen auszutauschen und drängende Fragen und Zukunftsperspektiven gemeinsam zu diskutieren.

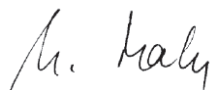
Ich freue mich, Ihnen hiermit die Dokumentation der 1. Nürnberger Integrationskonferenz präsentieren zu können. Sie gibt einen Überblick über die auf der Konferenz gezogene Bilanz der Nürnberger Integrationspolitik. Die nachhaltige Einarbeitung der Konferenzergebnisse in die Integrationsarbeit der Stadt Nürnberg ist damit jedoch noch längst nicht abgeschlossen. Die Ergebnisse werden in die Fortschreibung des Integrationsprogramms und in die Arbeit der städtischen Dienststellen und Referate einfließen.

Die Dokumentation fasst die Programmpunkte in chronologischer Reihenfolge zusammen. Im Anhang finden Sie neben allgemeinen Informationen zur Konferenz zudem (Foto-) Dokumentationen des 1. Nürnberger Integrationscafés und der Konferenz begleitenden Poster-Ausstellung „Integrationsarbeit in Nürnberg“, weiterführende Informationen zur Integrationspolitik der Stadt Nürnberg und zur städtischen Koordinierungsgruppe Integration sowie ein Vortrags-Manuskript von Prof. Dr. Bade.

An dieser Stelle möchte ich allen Personen danken, die an der Konferenz aktiv mitgewirkt und so zu ihrem Gelingen beigetragen haben. Vielen Dank an die Referent/innen für ihre interessanten und anregenden Beiträge. Besonders hervorheben möchte ich die Arbeit des Organisationsteams, ohne das die Konferenzvorbereitung und der Ablauf nicht so gut hätte vonstatten gehen können – herzlichen Dank! Besten Dank auch an die Moderator/innen des 1. Nürnberger Integrationscafés – sie haben die Anwendung dieser schönen Methode überhaupt möglich gemacht. Nicht zuletzt danke ich allen Teilnehmer/innen für den angeregten und interessierten Austausch.

Ich bedanke mich zudem für die finanzielle Unterstützung durch das Programm „Lernen vor Ort“, welches die 1. Nürnberger Integrationskonferenz mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und aus dem Europäischen Sozialfonds mit gefördert hat.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre und verbleibe mit besten Grüßen



Dr. Ulrich Maly
Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg

1. Nürnberger Integrationskonferenz

Dokumentation

Inhalt

Einleitung.....	3
Die Programmpunkte.....	3
Begrüßung durch den Leiter des Amtes für Kultur und Freizeit.....	5
Grußwort der Vorsitzenden des Nürnberger Rates für Integration und Zuwanderung.....	7
Integration als Querschnittsaufgabe der Verwaltung – Bericht der Koordinierungsgruppe Integration .	9
„Integration in Deutschland: Sach- und Panikdebatten“ – Impulsreferat von Prof. Dr. K. J. Bade.....	10
Grußwort des Oberbürgermeisters der Stadt Nürnberg	11
1. Nürnberger Integrationscafé.....	15
Impressionen aus dem „Nürnberger Integrationscafé“	19
„Teilhabe stärken – aber wie? Perspektiven der politischen Partizipation von Nürnberger/innen mit Migrationshintergrund“ – Der Nürnberger Rat für Integration und Zuwanderung im Gespräch mit den integrationspolitischen Sprecher/innen der Stadtratsfraktionen und Ausschussgemeinschaft im Gespräch	22
„Local Players- Auszubildende für Demokratie, Vielfalt und Toleranz.“ – Vorstellung des Projektes des Ausbildungsringes Ausländischer Unternehmer und Übergabe von Teilnahmeurkunden.....	27
„Basar der Möglichkeiten: Integrationsarbeit in Nürnberg“ – konferenzbegleitende Ausstellung.....	28
Fazit.....	28
Konferenzevaluation	29
Ausblick.....	30
Impressum.....	30
ANHANG.....	31
Anhang 1 „Integration in Deutschland: Sach- und Panikdebatten.“ von Klaus J. Bade.....	31
Anhang 2	
Integrationspolitik als Querschnittsaufgabe der Stadt Nürnberg – Überblick über die einschlägigen Aufgaben der städtischen Geschäftsbereiche und über die Koordinierungsgruppe Integration	
Integrationspolitik als Querschnittsaufgabe der Stadt Nürnberg – Integrationsprogramm und Leitlinien	
Poster der Ausstellung „Basar der Möglichkeiten: Integrationsarbeit in Nürnberg“	
„Tischdecken“ des Integrationscafés	
Teilnehmerliste	
Konferenzprogramm	
Evaluationsbogen	
Anhang 2 ist über www.integration.nuernberg.de einzusehen.	

Einleitung

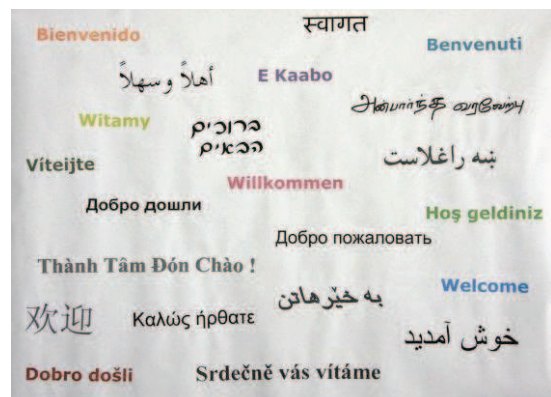
„Vielfalt schätzen. Teilhabe stärken. Zukunft gestalten“ lautete der Titel der 1. Integrationskonferenz der Stadt Nürnberg, die am 20. Mai 2011 im südpunkt stattfand und eine Zwischenbilanz der letzten Jahre kommunaler Integrationspolitik zog. Der Titel ist in Nürnberg Programm. Für die Stadt Nürnberg stellt Integration seit Langem eine ihrer zentralen kommunalpolitischen Aufgaben dar. Integrationspolitik wird dabei als Querschnittsaufgabe begriffen, die nachhaltig alle Bereiche kommunalen Handelns betrifft und von allen Referaten und Dienststellen der Stadt bei ihrer Arbeit berücksichtigt werden muss.

Zum festen Bestandteil der kommunalen Integrationspolitik soll nun auch eine jährlich stattfindende Nürnberger Integrationskonferenz gehören.

Ziel der ersten Integrationskonferenz war es,

- eine Zwischenbilanz der Nürnberger Integrationspolitik zu ziehen,
- im Dialog mit den Mitgliedern der verschiedenen Gremien des Nürnberger Netzwerkes Integration und anderen engagierten Akteuren drängende Probleme und Zukunftsperspektiven gemeinsam zu erörtern,
- in der Öffentlichkeit für das Thema Integration zu sensibilisieren,
- Transparenz herzustellen über die Integrationsarbeit und Integrationspolitik der Stadt Nürnberg,
- Akteure aus den verschiedensten Handlungsfeldern und Gremien zusammenzubringen sowie
- eine Plattform zu bieten, die Gelegenheit zum Informations- und Erfahrungsaustausch auf und zwischen unterschiedlichen Ebenen gibt.

Zur Teilnahme eingeladen waren alle, die im Bereich Integration und interkulturelle Arbeit aktiv sind oder sich dafür interessieren: die Mitglieder des Rates für Integration und Zuwanderung, der Kommission für Integration, des Kuratoriums für Integration und Menschenrechte, des Arbeitskreises Integration und Migrationsfragen sowie der verwaltungsinternen Koordinierungsgruppe Integration ebenso wie Vertreter/innen von Migrantenorganisationen, Mitarbeiter/innen städtischer und nichtstädtischer Einrichtungen und engagierte Einzelpersonen. Insgesamt nahmen über 200 Interessierte an der Veranstaltung teil.



Die Ergebnisse und Anregungen der Konferenz fließen in die Fortschreibung des Integrationsprogramms und die Arbeit der städtischen Dienststellen und Referate ein.

Die Programmpunkte

Das Konferenzprogramm (siehe Anhang 2) spiegelte das Ziel der ersten Konferenz wieder, eine Zwischenbilanz zu ziehen. Den Auftakt machte Jürgen Markwirth, Leiter des Amtes für Kultur und Freizeit und der Koordinierungsgruppe Integration, in seiner Funktion als Moderator der Konferenz. Nachdem danach zunächst die Vorsitzende des Nürnberger Rates für Integration und Zuwanderung Diana Liberova den Status der Nürnberger Integrationspolitik aus Sicht des Integrationsrates dargestellt hatte, erläuterte die Koordinierungsgruppe Integration die Struktur und Inhalte der städtischen Integrationspolitik und zeigte auf, was die städtischen Referate und Dienststellen in diesem Bereich tun und wie Integration in Nürnberg als Querschnittsaufgabe umgesetzt wird. Dieser Überblick diente als Basis für die Bilanzgespräche am Nachmittag. Bevor der Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg Dr. Ulrich Maly, der Integration in Nürnberg 2002 zur Chefsache erklärt hatte, die Teilnehmer/innen begrüßte, warf der Historiker und Migrationsforscher Prof. Dr. Klaus J. Bade einen Blick auf die bundesweite Integrationspolitik und gab Impulse für die Diskussion vor Ort. Nachmittags zogen die Konferenzteilnehmer/innen in kleinen Gesprächsrunden auf Basis des Gehörten und ihrer eigenen

Erfahrungen individuelle Zwischenbilanzen. Zudem formulierten sie Anforderungen und Wünsche, wie sich die Integrationspolitik in Nürnberg weiter entwickeln soll. Anschließend wurden die Sachverständigen des Integrationsrates gebeten, die Diskussionen des Nachmittags zusammenzufassen und aus der wissenschaftlichen Sicht die bis-herige Arbeit in Nürnberg zu beurteilen. Nachdem somit so-wohl der wissenschaftlichen, der Verwaltungs- und der Teilnehmer-ebene Raum gegeben wurde, galt das abendliche Podiumsgespräch der lokalen Politik. Vertreter/innen des Integrationsrats und die integrationspolitischen Sprecher/-innen der Fraktionen im Nürnberger Stadtrat diskutierten über den Stand der politischen Partizipation in Nürnberg. Zum Abschluss wurde ein gutes Beispiel von Integrationsarbeit und Demokratieförderung vorgestellt:



Das Projekt „Local Players. Auszubildende für Demokratie, Vielfalt und Toleranz.“ des Ausbildungsringes Ausländischer Unternehmer e.V. Die Absolvent/innen der Weiterbildung bekamen durch den 2. Bürgermeister der Stadt Nürnberg Horst Förther und die Schirmherrin des Projektes, die Vizepräsidentin des Bayerischen Landtags MdL Christine Stahl, ihre Urkunden überreicht.

Im „Basar der Möglichkeiten: Integrationsarbeit in Nürnberg“ stellten einzelne städtische und nichtstädtische Nürnberger Einrichtungen in einer Plakatausstellung und mit der Auslage von Informationsmaterial ihre Arbeit parallel zum Konferenzprogramm vor und gaben somit einen beispielhaften Überblick über die verschiedenen Integrationsangebote in Nürnberg.

Die folgenden Kapitel stellen eine chronologische Zusammenfassung der einzelnen Programmpunkte der Konferenz dar.

Begrüßung durch den Leiter des Amtes für Kultur und Freizeit

Im Namen der Koordinierungsgruppe Integration und als Moderator der Konferenz begrüßte Jürgen Markwirth, Leiter des Amtes für Kultur und Freizeit, die Konferenzteilnehmer/innen.



Markwirth betonte, dass der **Migrationshintergrund** einer Person für das Zusammenleben in einer Gesellschaft eigentlich **nicht relevant** sei. Wie schnell und gut sich ein Mensch in die Gesellschaft integrieren kann, liege an vielen Faktoren. Der Migrationshintergrund sei dabei nicht primär ausschlaggebend. Einen Migrationshintergrund zu haben bedeute nicht automatisch, schlecht in die Gesellschaft integriert zu sein oder eine schlechte Schulbildung zu haben, wie zahlreiche Beispiele von erfolgreichen Schüler/innen

oder Sportler/innen mit Migrationshintergrund zeigten. Einige davon zitierte Markwirth aus den Nürnberger Nachrichten vom 20.5.2011. Die Bildungsberichterstattung der Stadt Nürnberg, die den Schulerfolg untersucht, weise auf Unterschiede zwischen Schüler/innen mit und ohne Migrationshintergrund hin. Diese seien jedoch bei genauerer Betrachtung nicht mit dem Merkmal Migrationshintergrund, sondern mit dem sozialen Hintergrund zu erklären.

Einer der **Grundwidersprüche und Paradoxien der Integrationsarbeit** sei, dass - obwohl die Akteure wüssten, dass der Migrationshintergrund nur eines von vielen Merkmalen ist, die die gesellschaftliche Integration beeinflussen, - immer wieder Unterscheidungen zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund gemacht würden, um zum Beispiel spezielle (Sprach-)Programme zu entwickeln



und Finanzierungen für die Integrationsarbeit zu bekommen. Diese Differenzierung werde jedoch von vielen Menschen mit Migrationshintergrund, die in Deutschland aufwachsen, zunehmend als Stigmatisierung und Ausgrenzung empfunden. Als Beispiel nannte er die vielen jungen Wissenschaftler/innen, die gemeinsam das Manifest der Vielen geschrieben haben, um nach außen deutlich zu machen, dass auch sie zu Deutschland gehören und nicht ständig auf den Status des Migrationshintergrundes reduziert werden wollen.

Den **Facettenreichtum** von Integration und Integrationsarbeit bestätigte auch die Zusammensetzung der Teilnehmer/innen aus den unterschiedlichsten Arbeitsebenen und Handlungsfeldern der Nürnberger Integrationsarbeit.

Dem Konferenztag stellte Markwirth **Zahlen und Fakten** für Nürnberg voran:

Zielgruppe der Integrationsarbeit in Nürnberg sind **alle** Einwohner/innen: rund eine halbe Million Menschen. Denn Integration als beidseitiger Prozess betreffe alle Bürger/innen der Stadt. 39% der Nürnberger/innen haben Zuwanderungserfahrung bzw. einen Migrationshintergrund. Zu diesen gehören Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit, Eingebürgerte, Aussiedler/innen und Spätaussiedler/innen sowie deren Kinder. In Nürnberg leben 17,2% Ausländer/innen aus über 165 Staaten. Eine Zahl hob Markwirth besonders hervor: 59%. Dieser Anteil aller Nürnberger Kinder unter drei Jahren hat einen Migrationshintergrund. Daran zeige sich endgültig, dass Integrationspolitik nicht nur eine Bevölkerungsgruppe, und zwar die mit Migrationshintergrund, angeht, sondern dass die gesamte Bevölkerung gemeinsam die Weiterentwicklung der Stadtgesellschaft gestalten muss.

Mit einem Abriss über die **Integrationspolitik in Nürnberg** illustrierte Markwirth das langjährige Engagement der Stadt. Wenngleich die 1. Nürnberger Integrationskonferenz „erst“ am 20. Mai 2011 stattfindet, könne Nürnberg stolz darauf sein, sich frühzeitig dem Thema gestellt zu haben. Als in den frühen 1970er Jahren bundesweit und in anderen deutschen Städten die Diskussionen noch nicht so weit war, habe Nürnberg schon gehandelt und 1973 einen *Ausländerbeirat* wählen lassen. Auch hat Nürnberg 1984 relativ frühzeitig im Vergleich zu anderen Städten ein „*Ausländerprogramm*“, wie es zu jener Zeit hieß, entwickelt. Dieses war schon damals als Querschnittsprogramm angelegt. Nürnberg habe demnach frühzeitig erkannt, dass Integration alle Felder des städtischen Handelns betrifft. Nürnberg habe sich in den 1980ern ferner der Aussiedlerthematik (und später auch der Spätaussiedlerthematik) gestellt, was u.a. die Einrichtung des *Aussiedlerbeirats* 1984 zeigt. Als weiteren Eckpunkt führte Markwirth das Jahr 2002 auf, in dem die bundesweite Integrationsdiskussion einen erneuten Höhepunkt erreicht hatte und Nürnbergs derzeitiger Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly gewählt wurde. Dieser benannte Integration von Anfang an als eine der wichtigsten Aufgaben der Stadtverwaltung und machte sie zur *Chefsache*. 2004 verabschiedete der Stadtrat die *Leitlinien zum Integrationsprogramm* (siehe Anhang 2). Diese unterstreichen unter anderem, dass Integration ein zentrales Thema der Nürnberger Kommunalpolitik ist, das als Querschnittsaufgabe und wechselseitiger Prozess verstanden wird. Die Vielfalt der Bevölkerung wird als ein positiver Faktor hervorgehoben, mit dem sich die Stadt weiterentwickeln kann. Gleichberechtigte Teilhabe und interkulturelle Kompetenz seien dabei wichtige Ziele. Im März 2010 wurden die beiden Beiräte Ausländer- und Aussiedlerbeirat zu einem gemeinsamen *Rat für Integration und Zuwanderung* zusammengeführt. Nach der ersten Integrationskonferenz 2011 plane die Stadt 2013 einen ersten umfassenden Integrationsbericht vorzulegen.



Als Bühnendekoration diente der 1. Nürnberger Integrationskonferenz die Papiermaché-Skulptur „Die Lesende“ der Künstlerin Claudia Spanhel (2011).

Warum organisiert die Stadt Nürnberg nach all den Jahren eine Integrationskonferenz? Auf diese selbst gestellte Frage antwortete Markwirth, dass die Akteure der Integrationsarbeit in Nürnberg sehr aktiv seien und gute Arbeit leisteten: die Stadt Nürnberg, aber auch die freien Träger, viele Initiativen und Vereine. Es gebe zudem eine Vielzahl an Gremien, die sich mit dem Thema beschäftigen. Verbesserungsfähig sei aber die gegenseitige Information und Vernetzung. Die Koordinierungsgruppe Integration der Stadt Nürnberg wolle deshalb all diese Akteure zusammenführen, damit sie sich untereinander austauschen und miteinander diskutieren können. Um diesen Austausch zu unterstützen, wurde parallel auch die Datenbank der Akteure im Bereich Interkultur und Integration unter www.nuernberg-interkultur.de aktualisiert.



Grußwort der Vorsitzenden des Nürnberger Rates für Integration und Zuwanderung

„1. Nürnberger Integrationskonferenz – Warum erst heute?“ Dies fragte sich auch die Vorsitzende des Nürnberger Rates für Integration und Zuwanderung, Diana Liberova. Nachdem sie den Titel der Konferenz gelesen hatte, sei ihr erst bewusst geworden, dass man in Nürnberg tatsächlich erst heute soweit sei, die verschiedenen Dienststellen und Akteure mit ihren unterschiedlichen Fachausrichtungen in einer gemeinsamen Konferenz zusammenzuführen. Gute Integrationsarbeit werde in Nürnberg jedoch schon seit Jahren geleistet. Viele Akteure veranstalteten zu ihrem Themenschwerpunkt einschlägige Konferenzen. Die 1. Nürnberger Integrationskonferenz sei daher nicht die erste Integrationskonferenz in Nürnberg an sich. Sie sei aber die erste *gemeinsame* Integrationskonferenz, die die verschiedenen Handlungsfelder und Akteure zusammenbringe.



Seit der Sarrazin-Diskussion im Sommer 2010 glaube laut Liberova jede/r, Integrationsexperte zu sein. Der Begriff Integration werde mit den unterschiedlichsten Interpretationen benutzt. Da auf der 1. Nürnberger Integrationskonferenz über Integration und Integrationspolitik generell diskutiert wird, stellte die Vorsitzende dar, was der Nürnberger Rat für Integration und Zuwanderung unter **Integration** versteht:

Für den Nürnberger Integrationsrat sei Integration **Einigung auf gemeinsame Werte und Normen**. Das bedeute nicht, dass die Zuwander/innen alle vorhandenen Werte und Normen bei der Einwanderung unhinterfragt annehmen. Integration sei **keine Assimilation**. Stattdessen sollten die Menschen mit und ohne Migrationshintergrund in einen Dialog miteinander treten und darüber diskutieren, welche Werte und Normen für die gemeinsame

Gesellschaft tatsächlich gelten. Liberova greift die Aussage ihres Vorredners auf: Integration bedeute keine totale Anpassung oder Aufgabe dessen, was einen als Zugewanderte/r ausmacht. Zeigen die Medien Beispiele von gelungener Integration, verwenden sie jedoch bevorzugt jene Beispiele, die den Bildungsverläufen oder sozialen Integrationsverläufen von Menschen ohne Migrationshintergrund am ähnlichsten sind. Als Paradebeispiel für Integration werde man z.B. dann präsentiert, wenn die Karriere dem eines Deutschen ohne Migrationshintergrund entspricht. Dass man auch anders und trotzdem gut integriert sein kann, werde eher nicht gezeigt.

Integration setze **Partizipation** voraus. Dies sei nicht leicht zu erreichen. Die Haltung der Mehrheitsgesellschaft „grundsätzlich haben wir nichts dagegen, dass ihr mitmacht“ bewirke noch keine Partizipation. Zuwander/innen müssten angesprochen werden, und ihnen müsse Zeit gegeben werden, darauf zu reagieren, dass ihre Meinungsäußerung und Teilhabe nun erwünscht ist. Dies sei in Deutschland jahrzehntelang nicht der Fall gewesen. Gemeinsam könnten neue Beteiligungsformen und Aktivierungsmöglichkeiten geschaffen werden.

Integration sei auch **Chancengleichheit und Chancengerechtigkeit**. Diese müsse man sich nicht verdienen oder werde einem gegönnt, sondern sie stehe einem als Menschenrecht zu.

Integration sei für den Integrationsrat zudem das **Anerkennen der kulturellen und religiösen Vielfalt** in der Gesellschaft. Das Anerkennen gehe dabei über das Tolerieren eines Menschen hinaus. Man müsse sich gegenseitig respektieren und diesen Respekt offen zeigen, um den Menschen bewusst zu machen, dass man es mit der Anerkennung und dem Respekt ernst meine. Es gehe letztlich um eine **Akzeptanz auf gleicher Augenhöhe**. Dies verdeutlichte Liberova mit einem Zitat von Prof. Dr. Yasemin Karakaşoğlu, Erziehungswissenschaftlerin an der Universität Bremen (Zitat aus ihrem Beitrag „Multikulti ist total nicht gescheitert“, in: Hilal Sezgin (Hg.) 2011: „Manifest der Vielen. Deutschland erfindet sich neu“). Darin kritisiert Karakaşoğlu, wie Staatsministerin Maria Böhmer, Beauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration, 2008 den Begriff „Integrationsland Deutschland“ begründete. Laut Böhmer sei damit das Anliegen verbunden, 15 Mio. Menschen mit Migrationshintergrund „in unserem Land eine Heimat zu geben und sie zu integrieren“. Laut Karakaşoğlu werde Integration damit, „zu einem gnädigen Akt von uns, der Mehrheitsgesellschaft, gegenüber ihnen, den Zugewanderten - den anderen, nämlich

den Menschen mit Migrationshintergrund, die damit außerhalb des wir verortet werden. Es ist trotz Änderung des Labels der alte Blick auf das Fremde, das Nicht-Dazugehörige, die Ausländer.“ Auch die 1. Nürnberger Integrationskonferenz habe für Liberova die Aufgabe, diese Wahrnehmung ein Stück weit zu überwinden.

Während die Vorsitzende zwar deutsche Sprachkenntnisse als Teil der Integration auffasste, stimmte sie jedoch nicht mit den diesbezüglichen Qualitätserwartungen der Mehrheitsgesellschaft überein. Diese würden ihrer Meinung nach zu hoch gesteckt. Sie berichtete von Menschen mit Migrationshintergrund, die zwar Grammatikfehler machten, die man inhaltlich jedoch sehr gut verstehen könne. Das Deutsch dieser Menschen werde von einigen Teilen der Mehrheitsgesellschaft als unzureichend abgestuft. Gleiches erlebten sogar Menschen, die einen Integrationskurs und somit immerhin 600 bis 900 Stunden Deutschunterricht erfolgreich absolviert haben. Liberova fragte sich daher, wie „**ausreichende Sprachkenntnisse**“ gemessen werden (können) und wer einem/r Zugewanderten sagen könne, dass seine Deutschfähigkeiten „ausreichen“. Sie stellte zudem in Frage, dass die Mehrheitsgesellschaft tatsächlich wisse, welche Fähigkeiten vorhanden sein müssen, damit Menschen mit Migrationshintergrund als gleichwertig anerkannt werden.

Liberova räumte ein, dass es durchaus auch Menschen gebe, die sich noch nicht so gut in die deutsche Gesellschaft, in das Bildungssystem und den Arbeitsmarkt integrieren konnten, betont jedoch, dass diese eine Minderheit darstellten. An dieser Stelle unterstrich sie ebenso wie zuvor Jürgen Markwirth, dass zu diesem nicht-integrierten Teil der Gesellschaft nicht nur Menschen mit Migrationshintergrund gehören. Es gebe auch Menschen ohne Migrationshintergrund, die ähnliche Probleme haben, sich in die verschiedenen Teilbereiche der Gesellschaft zu integrieren. Als Gesellschaft seien wir verpflichtet, diesen Menschen egal ob mit oder ohne Migrationshintergrund konkrete **Wege** aus ihrer Situation heraus **aufzuzeigen**.

Integration sei zudem die **Bereitschaft, sich zu verändern**. Dies gelte nicht nur für die Zugewanderten, sondern genauso für die Mehrheitsgesellschaft. Kultur sei nicht aus Stahl, ein Kulturkreis sei nicht fest. Wir müssten alle bereit sein, so Liberova, unsere eigenen Kulturvorstellungen zu verändern.



Abschließend ging Liberova auf die **Willkommenskultur** ein. In Deutschland bräuchte man eine Willkommenskultur, „die nicht erst Hürden aufbaut, um sie dann mühsam wieder abzubauen“, wie es derzeit in der Integrationspolitik der Fall sei. Stattdessen sei eine Willkommenskultur nötig, in der die Gesellschaft von vornherein bereit ist, den zugewanderten Menschen so in die Gesellschaft aufzunehmen, wie er/sie ist.

Der Konferenztag, so Liberova, habe die Aufgabe zu erörtern, warum es in der (Nürnberger) Integrationsarbeit bis heute nicht gelungen ist, die Fortschritte zu erzielen, die schon seit Jahren auf der Agenda stehen. Dabei unterstrich sie die Vorhaben zur **interkulturellen Öffnung der Stadtverwaltung**. Diese sei erst dann erreicht, wenn die Zusammensetzung der Mitarbeiter/innen die Bevölkerungszusammensetzung widerspiegelt und somit einen Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund von gut 38% vorweist.

Integration als Querschnittsaufgabe der Verwaltung – Bericht der Koordinierungsgruppe Integration

Der Vortrag der Koordinierungsgruppe diene dazu, Transparenz über die Struktur und Inhalte der städtischen Integrationspolitik herzustellen. Er stellte damit die Basis für die nachmittäglichen Diskussionsrunden.



Zunächst erläuterte Sandra Bröring die Struktur der Nürnberger Integrationspolitik sowie die Zusammensetzung und Aufgabenstellung der Koordinierungsgruppe. Sie schloss damit an die von Jürgen Markwirth skizzierte Geschichte, die politischen Eckpunkte und Leitlinien der Nürnberger Integrationspolitik an.

Integrationspolitik sei Querschnittsaufgabe in der Stadt Nürnberg. Jedes Referat und jeder Geschäftsbereich der Stadt denke Integration in seinen Arbeitsbereichen mit und setze einschlägige Maßnahmen um. Für gegenseitige Information, Koordination und über-

greifende Planung sorgt die referatsübergreifende Koordinierungsgruppe Integration, in der alle sieben Referate und drei Bürgermeister-Geschäftsbereiche der Stadtverwaltung vertreten sind.

Im Anschluss gaben die Mitglieder der Koordinierungsgruppe Integration einen Überblick über die relevanten Handlungsfelder und zukünftigen Arbeitsschwerpunkte der städtischen Geschäftsbereiche.

Abschließend gab Bröring einen Ausblick über allgemeine strukturelle Planungen der Stadt Nürnberg im Bereich Integration. Die Stadt Nürnberg möchte die Einbindung des Nürnberger Rates für Integration und Zuwanderung weiter optimieren und ihre Öffentlichkeitsarbeit im Bereich Integration verbessern. Zudem werde sie ein umfassendes Integrationsmonitoring entwickeln und in Folge regelmäßig einen Integrationsbericht veröffentlichen, der einen aktuellen Überblick über die kommunalen Gesamtaktivitäten gibt. Ferner plane die Stadt, die Integrationskonferenz künftig regelmäßig stattfinden zu lassen.



Näheres zur Struktur der Nürnberger Integrationspolitik und die beispielhafte Auflistung der einschlägigen Aufgaben der Geschäftsbereiche finden sich im Anhang 2.

„Integration in Deutschland: Sach- und Panikdebatten“ – Impulsreferat von Prof. Dr. K.J. Bade

In seinem Impulsreferat steckte der Historiker, Politikberater und Migrationsforscher Prof. Dr. Klaus J. Bade pointiert das aktuelle Diskussionsspektrum über Integration in Deutschland ab.



Prof. Bade ging zunächst auf die Herausforderungen der Einwanderungsgesellschaft und auf die unterschiedlichen Vorstellungen von Integration ein, um dann die Rolle der Medien sowie von „Stereotypenträgern“ im Integrationsgeschehen zu beleuchten.

Er erläuterte die Ergebnisse einiger Untersuchungen des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR), dessen Vorsitzender er ist. Das drei Monate vor Thilo Sarrazins Buch „Deutschland schafft sich ab“ veröffentlichte SVR-Jahresgutachten „Einwanderungsgesellschaft 2010“ mit „Integrationsbarometer“ zeichnete insgesamt ein relativ positives Bild von Integration in Deutschland und zeigte einen verhaltenen Integrationsoptimismus in der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund. Sie bot daher ein nüchternes Gegenbild zur „Skandalisierung einer angeblich flächendeckend gescheiterten Integration“ wie sie im Sommer und Herbst durch die sogenannte Sarrazin-Debatte erfolgen sollte.

Ende 2010, nach dem Abflachen der Sarrazin-Debatte, die im September und Oktober 2010 ihren Höhepunkt hatte, führte der SVR erneut eine Bürgerbefragung durch, um das Stimmungsbild zu Integration in Deutschland zu erfassen. Das Ergebnis dieser Befragung, die Anfang 2011 veröffentlicht wurde, zeigte, dass die Bürger/innen mit Migrationshintergrund nach der Sarrazin-Debatte mit weniger Zuversicht auf das Zusammenleben in Deutschland schauten als ein Jahr zuvor.

Im SVR-Jahresgutachten „Migrationsland 2011“ mit „Migrationsbarometer“, das im April 2011 veröffentlicht wurde, ging es um Migration und Migrationspolitik in Deutschland und um die Frage, was die Bürger mit und ohne Migrationshintergrund davon halten.



Nach einem Abriss über die aktuelle Integrationspolitik sowie ihre Anstrengungen besonders in den letzten zehn Jahren, rundete Prof. Bade seinen Vortrag mit pointierten Anregungen an die Adresse der Politik ab.

Ein Manuskript zum Vortrag findet sich als Anhang 1 ab Seite 31 in diesem Dokument.

Die Studien des SVR samt Aufbau, Methode und detaillierten Ergebnissen können unter folgendem Link eingesehen werden: http://www.svr-migration.de/?page_id=2011. Ein Pressebericht über die Bürgerbefragung zum Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft im Nachklang der Sarrazin-Debatte findet sich unter http://www.svr-migration.de/?page_id=2633.

Grußwort des Oberbürgermeisters der Stadt Nürnberg

Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly zog zu Beginn des Konferenznachmittags aus seiner Sicht Bilanz der Nürnberger Integrationspolitik. Da Integration ebenso wie Integrationspolitik ein permanenter Prozess sei, könne eine solche Bilanz immer nur eine Zwischenbilanz sein.

Die einfachste Formel, die diesbezüglichen Daten in Nürnberg auf den Punkt zu bringen, sei die Formel „**zwei von fünf**“. Von fünf Nürnberger/innen haben nach Definition des Statistischen Bundesamtes zwei einen Migrationshintergrund – rund 200.000 Bürger/innen. Diese Zahl beinhalte auch Zuwander/innen, die schon relativ früh nach 1945 nach Deutschland gekommen sind. Insofern sei der Begriff „multikulturelle Gesellschaft“ in Nürnberg eine Beschreibung der Realität und empirisch nachweisbar.

Was diese Gesellschaft im Inneren zusammenhält und im Umkehrschluss, was sie auseinandertreibt, spaltet und somit die Organisation dieses Zusammenschlusses erschwert, dies seien mit die wichtigsten Fragen beim Thema Integration. Mit dieser Aussage griff der Oberbürgermeister einen Vortragstitel und das Motto der zeitgleich stattfindenden Tagung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) auf. Auch die Stadt Nürnberg müsse sich fragen, ob sie eine Heimat für ihre Zuwander/innen darstelle oder ob die Nürnberger Stadtgesellschaft eine „bunte Ansammlung von Parallelwelten und Parallelgesellschaften“ zeige, deren Bürger/innen mehr nebeneinander als miteinander leben. Über dieses **Miteinander statt Aneinander vorbei** müsse diskutiert, dabei aber einiges beachtet werden.

So wurde Anfang und Mitte des letzten Jahrzehnts viel über Fachbegriffe wie „nachgelagerte Integration“ gesprochen, zum Beispiel in der Diskussion über die Sprachkurse im Zuwanderungsgesetz. Dabei sei jedoch vergessen worden, dass auch die **Integrationsdebatte** selbst nachgelagert geführt werden müsse. Diese Debatte sei nun in den letzten Jahren begonnen worden. Sie stehe aber immer in der



Gefahr, in die klassischen Polarisierungs- und Reizreaktionsmuster zu verfallen, die auf der einen Seite Harmoniemodelle unterstellen und auf der anderen Seite einer vermeintlich allgemeingültigen Definition der Mehrheitskultur oder einer „Leitkultur“ der Mehrheitsgesellschaft anhängen, die Assimilation als einzigen Weg der Integration ansehen. Beides sei falsch und beides habe die Politik und die Gesellschaft auf Irrwege gebracht. Als Beispiel führte Maly die polarisierende Debatte nach Veröffentlichung des Buches von Thilo Sarrazin 2010 und das bewusste Anfachen dieser durch Sarrazin selbst an: Es sei bewusst ausgeblendet worden, dass den Akteuren der Integrationspolitik bestimmte Probleme seit Jahren bewusst sind und entsprechend bearbeitet werden. So seien in den letzten zehn Jahren unter anderem die Kriminalstatistik und die dortigen signifikanten Abweichungen bei ausländischen Jugendlichen diskutiert sowie Bildungsdefizite und Defizite in der

Arbeitsmarktintegration besprochen worden. Diese fachliche Auseinandersetzung mit den Handlungsfeldern habe sich aber darin von der genannten Debatte unterschieden, dass die Probleme dabei sachlich thematisiert und nicht skandalisiert wurden.

In der Diskussion über Integration und Integrationsarbeit riet der Oberbürgermeister von einem direkten **Städtevergleich** ab. Es gebe keine aussagefähige Vergleichsskala für die „Großartigkeit der Integrationsarbeit“, lediglich verschiedene quantitative Untersuchungen wie das europaweite „Urban Audit“, in dem ein Integrationsindex definiert wird. Bei diesem stehe Nürnberg unter den bundesdeutschen Großstädten auf Platz 4, während es jedoch selbst die beste deutsche Stadt (in diesem Falle Stuttgart) nicht einmal unter die TOP 10 im europäischen Vergleich schaffte. Diese Zahlen seien ein weiteres Beispiel für die in der ganzen Bundesrepublik nicht vernünftig und nicht zu Ende geführte Debatte darüber, was Zuwanderung ist und wie man dazu steht – auch zu ihren kulturellen und sozialen Dimensionen. Deutschland, das schon 60 Jahre lang Zuwanderungsland ist, sei noch immer mittendrin in einer nachgeholten **Zuwanderungsdebatte**. Es komme nun darauf an, nicht dabei stehen zu bleiben, ob

bestimmte Verhaltensmerkmale ethnische Ursachen haben oder speziell einer Religion oder Kultur zugeschrieben werden können, sondern sich dem Bündel an Erklärungsmustern zu stellen und die Ursachen in entscheidenden Handlungsfeldern wie Bildung und Sprache genauer zu untersuchen.

Ein sinnvollerer Instrument als ein quantitativer und somit relativer Städtevergleich stellten daher **Evaluationen** der eigenen Maßnahmen vor allem in der Sozialarbeit und Bildungspolitik dar. Wenn die erprobten Maßnahmen keine Wirkung haben und die ihnen zugrunde liegenden Hypothesen überholt sind, müsse man Konsequenzen ziehen und die vorhandenen finanziellen und personellen Ressourcen dorthin umschichten, wo sie – auf der Basis von Erkenntnissen – tatsächlich gebraucht werden und somit wirkungsvoller eingesetzt werden können.

An den Anfang seiner **Zwischenbilanz der Nürnberger Integrationspolitik** stellte Oberbürgermeister Dr. Maly die **strukturellen Errungenschaften** seit 2002. Er hatte damals *Integrationspolitik zur Chefsache* gemacht. Zudem wurde die Trennung der Zuständigkeiten – das Sozialreferat war für die (Spät-)Aussiedler/innen zuständig, das Kulturreferat für die Ausländer/innen – aufgelöst. 2010 organisierte die Stadt die politische Vertretung der Menschen mit Migrationshintergrund in Nürnberg institutionell um: Ausländer- und Aussiedlerbeirat vereinten sich zu einem *Nürnberger Rat für Integration und Zuwanderung*, dessen Arbeit Maly ausdrücklich lobte. Die Stadt besitzt zudem eine *Kommission für Integration* und ein *Kuratorium für Integration und Menschenrechte*, das das Integrationsprogramm der Stadt Nürnberg begleitet. Auch auf Verwaltungsebene hat sich die Stadt neu organisiert. Seit 2002 verbindet die *Koordinierungsgruppe Integration* die verschiedenen Handlungsfelder von Integration referatsübergreifend miteinander. Die Behandlung der Themen der Integrationspolitik wie Bildung und Arbeitsmarkt werde in Nürnberg immer auf eine allgemeinere gesellschaftliche Ebene gestellt und als Querschnittsaufgabe betrachtet. Die Themen und Ursachenanalysen werden demnach nicht auf die Integrationsdimension reduziert, sondern seien immer vor dem Hintergrund sozialer Gegebenheiten zu diskutieren. Als Beispiel nannte er das Handlungsfeld Bildung, für welches ein *Bildungsmanagement* inklusive Bildungsbeirat und Bildungskonferenz etabliert wurde.



Ein wichtiges Thema, um Integration und somit Teilhabe voranzubringen, sei **interkulturelle Öffnung**. Bei der Umsetzung interkultureller Öffnung seien alle gesellschaftlichen Akteure in der Pflicht: die Stadt Nürnberg ebenso wie die Parteien und die gesellschaftlichen Organisationen. Auf diesem Felde müsse noch viel passieren. Die einschlägigen Bemühungen der *Stadt Nürnberg* machten sich bereits bemerkbar. Selbstkritisch merkte der Oberbürgermeister aber an, dass die Situation in der Stadtverwaltung zwar besser geworden, jedoch noch längst nicht so gut sei, wie sie sein müsste. In der Verwaltung werde die Zusammensetzung der Bevölkerung nicht annähernd repräsentiert. Auch müssten noch sehr viel mehr interkulturelle Schulungen in der Verwaltung stattfinden. Allerdings resümierte der Oberbürgermeister, dass Integration in vielen Bereichen, wie zum Beispiel Erziehung und Soziales sowie in den Fachakademien im Vergleich zu vor zehn Jahren heute ein Thema sei und interkulturelle Kompetenz Wert geschätzt werde.

Handlungsbedarf gebe es zudem bei der interkulturellen Öffnung der *Parteien*, da zum Beispiel die Anzahl an Stadträt/innen mit Migrationshintergrund bisher nicht den Anteil in der Bevölkerung widerspiegelt. Indem nur EU-Ausländer/innen und deutsche Staatsangehörige aufgestellt werden dürfen, stelle das kommunale Wahlrecht Hindernisse auf. Da Teilhabe ein elementares Element von Akzeptanz in der Gesellschaft sei, müsse grundlegend darüber diskutiert werden, ob diese Wahlrechtsbeschränkung sinnvoll ist.

Auch bei den *großen gesellschaftlichen Organisationen* wie der Industrie- und Handelskammer (IHK), der Handwerkskammer (HWK) oder dem Bayerischen Landessportverband (BLSV) sowie in der freiwilligen Feuerwehr sei die interkulturelle Öffnung noch nicht weit genug fortgeschritten. Der Hotel- und Gaststättenverband in Nürnberg habe kaum ausländische Mitglieder, was seine Repräsentanz des Gewerbes – mit den vielen Besitzer/innen mit zum Beispiel chinesischem, italienischem, griechischem, türkischem, thailändischem Migrationshintergrund – durchaus in Frage stellen könnte. Viele Mitglieder des Deutsch-Türkischen Unternehmerverbandes in Mittelfranken (TIAD) seien nicht Mitglied in der IHK. Dabei seien Formen der gesellschaftlichen Selbstorganisation nicht zu unterschätzen. So sei es z.B. ein Stück Etikett und auch ein Stück Partizipation und Teilhabe, wenn man IHK-Vorstandsmitglied ist oder im BLSV mitbestimmt. Zudem könne Integration innerhalb solcher Institutionen und Zusammenschlüsse in selbstverständlichen Netzwerken stattfinden. Ein Positivbeispiel stelle der Kreisjugendring dar, dem sich mittlerweile ca. 40 Verbände junger Menschen mit Migrationshintergrund angeschlossen haben.



Institutionelle Teilhabe, so Malys durchwachsene Zwischenbilanz, sei noch nicht erreicht. Er unterstütze weiterhin den Kampf für das kommunale Wahlrecht nach Dauer des Aufenthalts statt nach Staatsangehörigkeit. Wahlrecht allein mache jedoch noch lange keine demokratische Partizipation aus. Vielmehr müsse die **gesellschaftliche Teilhabe** insgesamt diskutiert und müssten die in Deutschland üblichen Strukturen der Beteiligung hinterfragt werden. Oft würden die Anliegen besonders jener berücksichtigt, die ihre Anliegen lauter hervorbringen oder gut artikulieren können, wie es das Beispiel bei der bürgerlichen Mittelschicht in Hamburg mit ihrem Kampf gegen die Reform des Schulsystems zeigt. Jene (auch wahl-) aktiven Bürger/innen setzen sich durch ihre Aktivität gegenüber politisch Desinteressierten oder jenen, die ihre Anliegen nicht so gut formulieren können, durch. Um bei der **Organisation direkter Demokratie** ein möglichst breites Spektrum der Gesellschaft

abzubilden und einzubinden, müsse Teilhabe dort mobilisiert und organisiert werden, wo die Menschen sind, das heißt **in den Stadtteilen**, in den Bürgerhäusern, in den Kulturläden, den Jugendfreizeitstätten, in den gesellschaftlichen Organisationen wie Migrantenorganisationen, IHK, HWK, TIAD, freiwillige Feuerwehr usw. Doch allein die Aktivierung des Stammpublikums sei ein schwieriger Akt und somit nicht minder wichtig. Statt durch Provokation zu aktivieren, wie es bei der Integrationsdebatte manchmal der Fall sei, sollte versucht werden, jene Bürger/innen egal welcher Herkunft, die sich mit ihrer Stadt identifizieren, zu fördern und sie zu motivieren, aktiv an der Entwicklung der Stadtgesellschaft mitzuwirken.

Weiteren Handlungsbedarf gebe es zudem bei der **Bildungspartizipation**. Um Bildungsgerechtigkeit und Bildungsgleichheit stehe es in Nürnberg schlecht. Dies zeigten die Untersuchungen der frühkindlichen Bildung und der Übergangsbereiche zwischen verschiedenen Schulstufen und des Übergangs Schule-Beruf. Es sei daher unabdingbar, in die Infrastruktur zu investieren, wie es die Stadt bereits tue. Sie Sorge für den Ausbau von Kindertagesstätten, Horten, Ganztagschulen, Ganztagsangeboten, Mittagsbetreuung und vielem mehr. Das Ziel müsse sein, die Vererbbarkeit von Bildungsverläufen zu durchbrechen. Bildungsaufgaben, die durch die Halbtagschule auf die Eltern übertragen worden sind, müssten ins Schul- und Bildungssystem zurückgeholt werden. Einmal mehr betonte auch der Oberbürgermeister, dass ein Großteil dessen, was heute an Bildungsungerechtigkeit diagnostiziert wird, nicht zwangsläufig interkulturelle oder ethnische Ursachen habe, sondern auf soziale Ursachen zurückzuführen sei. Um soziale Gerechtigkeit stehe es in der Bundesrepublik schlecht. Maly sprach sich daher für eine intensivere Förderung aus, die zwar auch, aber nicht nur sprachliche Förderung umfasse.

Bei der **beruflichen Integration** gäbe es signifikante Unterschiede bei den Arbeitslosenzahlen und bei den akademischen Berufen. Auch in Nürnberg sei die Segmentierung der Arbeitsmärkte so deutlich wie nie zuvor. So gebe es nicht *einen* Arbeitsmarkt, der bei guter Konjunktur leer gefegt werde, sondern mehrere. Während sich auf manchen schon heute ein Fachkräftemangel (von Akademikern, Industriemeistern, Facharbeiter/innen etc.) zeige, existiere daneben ein Segment, in dem es keinerlei Nachfrage nach Arbeitskräften gebe. Dieser Tatsache mit Kürzung von Leistungen als Ansporn zur Arbeitsaufnahme entgegenzutreten, werde der Wirklichkeit nicht gerecht. Neben einer Werbung um Fachkräfte müsse gleichzeitig das Arbeitskräftepotenzial vor Ort, das zunächst nicht auf den lokalen Arbeitsmärkten untergebracht werden kann, weitergebildet und qualifiziert werden. Für echte Veränderungen und bestmögliche Ergebnisse sei auch dabei die Evaluierung von Maßnahmen unabdingbar.

Schließlich ging Maly auf die **ethnische Selbstorganisation** und deren Vorteile ein. Gelungene Integration setze voraus, dass die Menschen aus den unterschiedlichen ethnischen Gruppen erreicht werden. Multiplikatoren, die diesen Zugang herstellen, sind vor allem in relativ vielen Migrantenorganisationen zu finden. Diese Zusammenschlüsse zu unterstützen, erachte er als wichtiges Handlungsfeld. Sinnvoll sei außerdem eine Anbindung thematisch ähnlich ausgerichteter Migrantenorganisationen an die zuvor genannten gesellschaftlichen Großinstanzen wie Kammern, Verbände und Dachorganisationen.

Was also hält die Gesellschaft im Inneren zusammen?

Die Stadtgesellschaft, so Maly, halte die Chance zusammen, kommunale Integrationspolitik vor kommunalem Hintergrund definieren zu müssen, aber auch zu können: Die Stadt erteile keine Pässe und zwingt niemanden dazu, sich zu entscheiden, ob er z.B. Türke/in oder Deutsche/r ist. Man solle in der Heimat Nürnberg leben und dabei trotzdem mehrere Heimaten in den Herzen haben können. Aufgabe sei es, diesen Handlungsspielraum der kommunalen Integrationspolitik so weit wie irgend möglich für die Gestaltung und Förderung des guten Zusammenlebens zu nutzen.



Sein persönliches Fazit, wie der innere Zusammenhalt gestärkt werden kann, fasst Maly in vier Anregungen:

- 1) „Wir müssen uns alle zusammen um den Zustand der sozialen Gerechtigkeit sorgen.
- 2) Wir müssen eine integrationspolitische Debatte ohne sozialromantische Anlehnungen und ohne ideologische Verkürzungen und Verzerrungen führen.
- 3) Wir sollten uns auf das stützen, was unsere Stärken sind: die Identifikation auf der städtischen und der Stadtquartiersebene.
- 4) An der einen oder anderen Stelle wird es nicht ohne mehr Geld und Personal gehen.“

Mit dem abschließenden Hinweis auf das Nürnberger Integrationscafé verbindet Maly den Appell an die Nürnberger Akteur/innen der Integrationspolitik, die Frage „Wo stehen wir in Nürnberg?“ mit möglichst vielen konkreten Anregungen, Erfahrungen und Meinungen zur Fortentwicklung der kommunalen Integrationspolitik zu beantworten.

1. Nürnberger Integrationscafé

Nachdem der Vormittag vor allem durch Vorträge über die Integrationspolitik Nürnbergs geprägt war, wurde der Nachmittag dem direkten Austausch darüber gewidmet. Die Teilnehmer/innen bekamen die Chance ihre Sicht der Dinge darzustellen und eine Zwischenbilanz der Integrationspolitik in Nürnberg zu ziehen sowie Perspektiven aufzuzeigen.

Die gewählte Methode „Weltcafé“ stieß auf sehr positive Resonanz. Es wurden viele anregende und offene Diskussionen geführt und von den unterschiedlichen Erfahrungen der Diskutierenden aus den verschiedensten Arbeitsfeldern belebt.

Methode: Was ist ein Weltcafé?

Dem 1. Nürnberger Integrationscafé lag die einfache und wirkungsvolle Methode Weltcafé (im Original „World Café“) zugrunde, die gut geeignet ist, um mittlere bis große Personengruppen in intensive Gespräche miteinander über ein gemeinsames Thema – hier die Nürnberger Integrationsarbeit – zu bringen. Die Teilnehmer/innen sollen unkompliziert miteinander in Kontakt treten, sich austauschen und vernetzen. Einem Straßencafé ähnlich sitzen an verschiedenen Tischen jeweils ca. 5-6 Personen, die alle über das gleiche Thema diskutieren. Nach jeder der drei ca. 30-minütigen Gesprächsrunden wechselten die Teilnehmer/innen ihre Tische, so dass sie in jeder Runde mit anderen Menschen an einem Tisch saßen. Pro Runde wurde ein anderer Aspekt des übergeordneten Themas diskutiert. Die Teilnehmer/innen trugen ihre Erfahrungen, Ideen und Gedanken von einer zur nächsten Gruppe. Diese Tischwechsel sind ein zentraler Bestandteil der Methode Weltcafé. Es war die Beteiligung aller erwünscht, weshalb es viele kleine Diskussionstische, statt wenige große gab, um die Hemmschwelle, sich selbst aktiv einzubringen, so gering wie möglich zu halten.



In den möglichst heterogen zusammengesetzten Café-Runden diskutierten die Teilnehmer/innen aus unterschiedlichen Perspektiven, nicht nur, da sie aus unterschiedlichen Arbeitsfeldern, Organisationen und Hierarchieebenen kamen. Sie trugen eine Fülle von Aspekten zum Thema zusammen und setzten sich mit den Sichtweisen ihrer Tischpartner/innen auseinander. So fanden die verschiedenen Ebenen der Integrationsarbeit Gehör und konnten miteinander verknüpft werden. Ziel war es, in Kleingruppendiskussionen das kollektive Wissen und die kollektive Intelligenz der Gruppe zu nutzen, um das Thema gemeinsam intensiv zu durchdringen und ggf. Ideen und kreative Lösungen zu entwickeln.

Zur Dokumentation der Ergebnisse wurden die diskutierten Meinungen und Antworten während der Gespräche von allen Teilnehmer/innen auf die Tischdecken geschrieben. Die Fotografien der Tischdecken finden sich im Anhang 2. Eine Zusammenfassung der Ergebnisse gibt das folgende Kapitel.

Zwischenbilanz und Perspektiven der Integrationspolitik in Nürnberg aus Sicht der Konferenzteilnehmer/innen

In jeder Runde des 1. Nürnberger Integrationscafés wurden unterschiedliche Schwerpunktfragen der lokalen Integrationsarbeit diskutiert, die aber nicht eindeutig voneinander abgrenzbar sind. So entstanden fließende Übergänge und wurden einige Themen über verschiedene Runden hinweg diskutiert.

Die **erste Runde** sollte die Stärken und Schwächen der Nürnberger Integrationspolitik hervorheben, unter den Leitfragen: Was zeichnet die bisherige Nürnberger Integrationspolitik Ihrer Meinung nach im positiven Sinn aus? Sehen Sie Lücken im Integrationsangebot in Nürnberg und wenn ja, welche? In welchen Bereichen sehen Sie (weiteren) Handlungsbedarf?

In der **zweiten Runde** wurde der Aspekt „Vernetzung/Strukturen/Informationsbedarf“ fokussiert. Die Teilnehmer/innen tauschten sich über den Informationsfluss und die Informationsvermittlung im Bereich Integrationsarbeit aus und darüber, ob sie für ihre Arbeit genügend vernetzt sind oder sich noch mehr Vernetzung wünschen, und wenn ja, dann welcher Art. Zudem diskutierten sie über die Fragen: Welche Anregungen/ Wünsche haben Sie als Akteur/in in der Integrationsarbeit bezüglich Veranstaltungen zu integrationspolitischen Themen? Wissen die Nürnberger/innen mit und ohne Migrationshintergrund Ihrer Meinung nach genug Bescheid über integrationspolitische Ziele und Angebote der Stadt Nürnberg? Welche Anregungen/Wünsche haben Sie ggf. für eine verbesserte Informationsarbeit?

In der **dritten Runde** sprachen die Teilnehmer/innen über ihre Einschätzungen zum Stand der interkulturellen Öffnung von Nürnberger Einrichtungen und brachten Ideen ein, wie diese gefördert werden könnte. Ebenso überlegten sie, wie die Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund verbessert und die Offenheit der Mehrheitsgesellschaft gefördert werden könne.

Die Gesprächsnotizen auf den Tischdecken des 1. Nürnberger Integrationscafés umfassen ein breites Antwortspektrum. Im Folgenden werden die am häufigsten genannten Anmerkungen im inhaltlichen Zusammenhang zusammengefasst.

Runde 1: Stärken und Schwächen der Nürnberger Integrationspolitik

Insgesamt überwogen die positiven Anmerkungen. Auf die Frage nach den **Stärken** wurde vor allem hervorgehoben, dass Integration in Nürnberg nicht nur schon lange als Thema der Kommunalpolitik mitgedacht wurde, sondern seit fast einem Jahrzehnt **Chefsache** sei und es somit insgesamt eine offizielle politische Willkommenskultur an der Stadtspitze und in den Gremien gebe. Im Vergleich zu anderen Städten sei Nürnberg offen und tolerant. Es wurde gelobt, dass Integration in Nürnberg Querschnittsthema sei und dass die Nürnberger Integrationspolitik zu konkreten Handlungsmaßnahmen führe und nicht nur Symbolpolitik sei. Positiv eingeschätzt wurde auch die Zusammenführung der Ausländer- und Aussiedlerbeiräte zum **Nürnberger Rat für Integration und Zuwanderung**. Ferner wurde das große **Engagement in den einzelnen Bürgereinrichtungen** hervorgehoben und mit vielen konkreten Beispielen unterfüttert. Unterstrichen wurde auch, dass es in Nürnberg eine gute Zusammenarbeit zwischen den städtischen (und nicht-städtischen) Institutionen und Migrantenorganisationen gebe. Es sei eine Stärke der Stadt, dass sie auf Menschen mit Migrationshintergrund zugehe.



Als **Schwäche** wurde von den Teilnehmer/innen besonders die noch nicht flächendeckend gelungene **interkulturelle Öffnung** betont, wobei zugleich die diesbezügliche Selbstkritik der Stadt und ihr Engagement anerkannt wurden. Als Mangel wurde von einigen Teilnehmer/innen die dezentrale Struktur der Nürnberger Integrationspolitik angesehen, in der keine Stelle eines/r **Integrationsbeauftragte/r** vorgesehen ist. Darunter würde die **Sichtbarkeit** des Themas nach innen und außen leiden. Auch wurde das Fehlen einer Plattform zur übergreifenden **Vernetzung** bemängelt, über die alle Integrationsangebote



koordiniert werden können, sowie eine nicht ausreichende übergeordnete **Öffentlichkeitsarbeit**. Weitere Kritikpunkte betrafen vor allem höhere politische Ebenen (**Landes-/Bundesebene**). Die Teilnehmer/innen merkten selbst an, dass diese außerhalb der Entscheidungsmacht der Kommunalpolitik lägen. Als Beispiele wurden unter anderem die kurze Projektdauer von Drittmittelgebern genannt, ungenügende finanzielle Unterstützung generell, das fehlende kommunale Wahlrecht und die doppelte Staatsbürgerschaft.

Besonderen **Handlungsbedarf** sahen die Teilnehmer/innen in der weiteren interkulturellen Öffnung und Sensibilisierung der Stadtverwaltung und anderer Arbeitgeber/innen (Menschen mit Migrationshintergrund in sämtlichen öffentlichen Positionen, auch in der Schule, der Polizei, der Feuerwehr, des VGN, der deutschen Bahn etc.) und in einer verbesserten Öffentlichkeitsarbeit. Darüber hinaus wurde die Nachhaltigkeit und somit Verstetigung von Projekten gefordert.

Runde 2: Vernetzung/Strukturen/Informationsbedarf

In der zweiten Runde wurde über Vernetzung, Strukturen und Informationsbedarf diskutiert, wobei dies auch Informationsfluss und -vermittlung umfasste.

Viele Akteure seien auf Arbeitsebene genügend vernetzt, vermissten jedoch eine Nachhaltigkeit ihres regelmäßigen Austausches und wünschten sich so statt weiterer Gesprächskreise eher **handlungsorientierte Arbeitskreise** („vom Reden zum Tun“), in denen auch die Basis zu Wort kommt und ihre Ergebnisse mit den „Entscheider/innen“ rückkoppeln kann. Es wurde zum Beispiel **mehr strukturelle Vernetzung** zwischen Migrantenorganisationen untereinander und mit etablierten (Entscheidungs-)Trägern vorgeschlagen. Als positives Beispiel für ein **übergeordnetes Austauschportal**, das eine breite Vernetzung über die einzelnen speziellen Arbeitsthemen der Akteur/innen hinaus ermöglicht, wurde die Integrationskonferenz genannt. Darüber hinaus wurde jedoch auch hier der Wunsch nach einer zentralen Informationsstelle in Form eines „Meta-Portals“ geäußert, welches alle einschlägigen Projekte, Veranstaltungen, Fortbildungen und Netzwerke zum Thema Integration auf einer Seite bündelt und somit auch das bisherige „Nebeneinander“ der Projekte städtischer und nicht-städtischer Einrichtungen zugunsten von Kooperationsmöglichkeiten positiv beeinflusst.



Die Frage, ob Nürnberger Bürger/innen genug über **integrationspolitische Ziele** und Angebote der Stadt informiert sind, wurde selbst in Frage gestellt („Müssen denn alle Bescheid wissen?“). Insgesamt wisse die breite Bevölkerung im Gegensatz zur Fachöffentlichkeit darüber eher wenig Bescheid.

Anregungen für eine verbesserte **Informationsarbeit** äußerten sich vor allem in dem Wunsch nach einer **alltagsorientierten Öffentlichkeitsarbeit** (Darstellung des Nutzens der Veranstaltung für den Alltag, persönliche Einladungen, ggf. mehrsprachige Informationsvermittlung etc.), nach einer **stärkeren Einbindung der Zivilgesellschaft** und in der Hervorhebung des **Nutzens von Netzwerken und Multiplikator/innen**. Allerdings wurde auch bemängelt, dass die **Professionalität ehrenamtlicher Kräfte** in Vereinen und Initiativen nicht genügend (finanziell) anerkannt werde. Zudem wurde eine **Anlaufstelle für alle Neuzuwander/innen** vorgeschlagen, in denen diese Informationen zu allen Lebensbereichen bekommen, von Informationen zu Integrationskursen bis hin zu Informationen über Ansprüche an Zuschüssen im Rentenalter.

Runde 3: Teilhabe und Interkulturelle Öffnung

Da Teilhabe und interkulturelle Öffnung wichtige Themen der Nürnberger Integrationspolitik generell sind, haben sich Anmerkungen der ersten und dritten Runde zum Teil sehr überschritten.

Der **Stand der interkulturellen Öffnung** der Stadt Nürnberg wurde je Einrichtung sehr unterschiedlich bewertet und sei somit eher **punktuell** als strukturell gelungen. Obwohl diese sowohl bezüglich der Anstellung von Menschen mit Migrationshintergrund als auch der Absolvierung von interkulturellen Trainings noch ausbaufähig ist (v.a. im Ausländeramt und in den Schulen), sei die Stadt insgesamt jedoch offener und toleranter als andere Städte. Ein interkulturelles Training allein führe jedoch noch nicht zu einer **interkulturellen Haltung**. Für einen erfolgreichen Prozess der interkulturellen Öffnung sei vor



allem der Wille wichtig. Dieser könne zudem durch einfache **symbolische Willkommensgesten** ausgedrückt werden wie das Aufhängen von Fotografien oder bestimmter Symbole aus den Kulturen verschiedener Ländern an den Wänden der Behörden mit viel Bürgerkontakt. Wichtig sei das Einstellen von mehr Mitarbeiter/innen mit Migrationshintergrund, nicht zuletzt weil diese auch „**Brückenbauer/innen**“ zwischen Behörde und Kunde sein können. Mehrsprachigkeit und **interkulturelle Kompetenz** sollten dementsprechend als Fähigkeiten in die Kriterien für die Stellenvergabe aufgenommen

werden. Verschiedentlich wurde diese Rollenzuweisung von Menschen mit Migrationshintergrund als „Expert/innen“ für interkulturelle Kompetenz auch kritisch hinterfragt. Sie sei zwar erwünscht, müsse jedoch durch interkulturelle Trainings aller Mitarbeiter/innen ergänzt werden, um eine flächendeckende interkulturelle Öffnung zu erreichen.

Als notwendig, um die **Teilhabe** von Menschen mit Migrationshintergrund zu verbessern, erachteten die Diskutant/innen des Cafés vor allem Verbindlichkeit und **konkrete Zielvorgaben, Wertschätzung und Willkommenskultur, Anerkennung von Bildungs- und Berufsabschlüssen, Partizipation auf Augenhöhe** und **kommunales Wahlrecht**. Zudem sollte Neuzugewanderten konkrete Hilfe beim Ausfüllen der oft komplexen Anträge in Behörden gewährt werden. Teilhabe würde auch durch mehrsprachige Anträge, Informationen und Einladungen gefördert werden. Die Teilnehmer/innen appellierten an die Stadt in Person des Oberbürgermeisters, sich auf Landes- und Bundesebene etwa für die Anerkennung der Abschlüsse, Verankerung von interkulturellen und Diversitymodulen in der Lehrer/innenausbildung etc. stark zu machen.

In der letzten Runde wurde zudem speziell nach dem Status der interkulturellen Öffnung der **Mehrheitsgesellschaft** gefragt. Diese wird bisher als entweder indifferent oder verschlossen gegenüber der interkulturellen Öffnung beobachtet. Daher wurde vor allem Sensibilisierungsarbeit, Informationsaustausch und die Vermittlung von interkultureller Kompetenz vorgeschlagen, um die Mehrheitsgesellschaft zu erreichen und zu öffnen.

Impressionen aus dem „Nürnberger Integrationscafé“

Um allen Gesprächspartner/innen die Möglichkeit zu geben, neben ihren eigenen auch die zahlreichen an anderen Tischen genannten Anregungen zur Nürnberger Integrationspolitik zu hören, wurden diese im Anschluss von objektiven Beobachter/innen, den Sachverständigen des Integrationsrates, knapp zusammengefasst. Jeder von ihnen hatte während des Cafés die Gespräche an vier Tischen verfolgt. Sie schilderten im Anschluss im Plenum ihre Impressionen in einem durch Jürgen Markwirth moderierten Gespräch.

Gesprächspartner waren Prof. Dr. Gaby Franger-Huhle (Fakultät Soziale Arbeit und Gesundheit, Hochschule Coburg), Prof. Dr. Friedrich Heckmann (Fakultät für Soziologie/efms, Universität Bamberg), Prof. Dr. Gabriele Pommerin-Götze (Didaktik des Deutschen als Zweitsprache, FAU Erlangen-Nürnberg) und Prof. Dr. Horst Unbehauen (Fakultät Sozialwesen, Georg-Simon-Ohm-Hochschule Nürnberg). Der fünfte Sachverständige, Dr. Michael Krennerich (Institut für Politische Wissenschaft, FAU Erlangen-Nürnberg), hatte leider nicht teilnehmen können.



Zur **Atmosphäre in den Gesprächsrunden** befragt, berichteten die Sachverständigen von lebhaften Diskussionen und produktiven Gesprächen in einer angenehmen Atmosphäre, in denen die Gesprächspartner/innen trotz unterschiedlicher Positionen sehr gut aufeinander eingegangen sind. Da Vertreter/innen aus den unterschiedlichsten Arbeitsebenen und Handlungsfeldern teilnahmen, wurde eine große Bandbreite an Aspekten, Meinungen und Erfahrungen abgedeckt. Die Gespräche waren insgesamt von einem Wechsel zwischen allgemein-strukturellen Vorschlägen, Kritikpunkten und konkreten Erfahrungsberichten und Einschätzungen aus den Arbeitsbereichen geprägt.

Zwischenbilanz der Nürnberger Integrationspolitik durch die Teilnehmer/innen

Gefragt nach den am häufigsten genannten Einschätzungen und Anregungen bezüglich der Nürnberger Integrationspolitik, griffen die Sachverständigen die Anregungen auf, deren Diskussion und Weiterverfolgung sie der Stadtverwaltung besonders nahe legten.

Betont wurde die Notwendigkeit einer Willkommenskultur. Vorgeschlagen wurde eine **Erstanlaufstelle für alle Neuzugewanderten**. Prof. Dr. Gabriele Pommerin-Götze wies darauf hin, dass unter anderem folgende Fragen geklärt werden müssten: Wie könne eine Erstanlaufstelle organisiert werden, damit sie eine optimale Vernetzung der verschiedenen existierenden Angebote biete? Müsse sie dabei eher wie ein Bürgerinformationszentrum aufgebaut oder besser in den einzelnen Stadtteilen verortet werden?

Auch hoben die Sachverständigen die an den Tischen diskutierte Frage „**Wie erreicht man die Bürger/innen?**“ hervor. Während die Fachöffentlichkeit relativ gut vernetzt sei, mangle es noch an der Informationspolitik in den Bürgerraum hinein. Prof. Dr. Horst Unbehauen folgerte daher, dass die in Nürnberg gut und flächendeckend vorhandene Presseberichterstattung nicht auszureichen scheine und schlug den Integrationsakteuren einen Austausch darüber vor, welche anderen Kanäle zur Informationsvermittlung existieren und wie diese für die Integrationsarbeit genutzt werden können.

Beim Thema interkulturelle Öffnung sei an den Tischen die Diskussion aufgekommen, ob **Seminare zur interkulturellen Kompetenz** und Sensibilisierung von Mitarbeiter/innen der Stadt freiwillige Angebote bleiben oder zur Pflicht gemacht werden sollten. Vor- und Nachteile von **Pflichtveranstaltungen** müssten somit genau erörtert werden. Es wäre zudem zu diskutieren, ob dies für alle Mitarbeiter/innen der Stadt (und anderer Arbeitgeber/innen) gelte, ob es eine wiederkehrende Pflichtfortbildung (z.B. 1x im Jahr) sein und ob es speziell auf bestimmte Arbeitsbereiche zugeschnittene Fortbildungen geben soll. Zudem wurde die **Evaluierung** und somit Qualitätsprüfung von interkulturellen Trainings nahegelegt.

Zwischenbilanz der Nürnberger Integrationspolitik durch die Sachverständigen

Im Anschluss bat Markwirth die Wissenschaftler/innen den Status der Nürnberger Integrationsarbeit aus ihrer Sicht – unabhängig von den Diskussionen im Integrationscafé – akzentuiert zu beurteilen und zwar in ihrer Funktion als Expert/innen verschiedener Gebiete der Migrations- und Integrationsforschung sowie als Sachverständige des Integrationsrates und objektive Beobachter/innen der Nürnberger Integrationspolitik.

Prof. Dr. Friedrich Heckmann unterstrich die Wichtigkeit der **Sichtbarkeit und Übersichtlichkeit** der Integrationsbemühungen einer Stadt nach innen und nach außen und griff damit ebenfalls von den Teilnehmer/innen genannte Aspekte auf. Nürnberg leiste viel für Integration, aber das sei schwer sichtbar und nachvollziehbar, und auch im integrationspolitischen Diskurs der Städte nicht bekannt. Hier werde immer wieder auf Stuttgart verwiesen, obwohl dortige Integrationspolitik seiner Kenntnis nach weniger als in Nürnberg ausgebaut sei. Es bedürfe einer so ausführlichen und komplexen Darstellung, wie sie die Koordinierungsgruppe am Morgen in dieser Veranstaltung geboten habe, um Einsichten in die Organisationsstrukturen und Aktivitäten in Nürnberg zu gewinnen. Integrationspolitik wie in Nürnberg als Querschnittsaufgabe zu begreifen sei absolut richtig, zugleich müsse sie koordiniert werden. Die nach außen fast unsichtbare Koordinierung könne nicht eine/n Integrationsbeauftragte/n ersetzen, wenngleich in der Stelle wichtige Arbeit geleistet werde. Die Positionierung von Koordinierung und Integrationspolitik im Amt für Kultur und Freizeit mache es Außenstehenden und Bürger/innen schwer, Zuständigkeiten in der Verwaltung für das Gebiet zu erkennen und zu nutzen. Integrationsbeauftragte/r, Amt für Integration und Rat für Integration und Zuwanderung wäre ein guter Dreiklang. Das müsse nicht mit der Forderung nach neuen Stellen im Haushalt einhergehen.

Prof. Pommerin-Götze unterstrich die Integrationsleistungen Nürnbergs, mit denen sich die Stadt im **Städtevergleich** nicht zu verstecken brauche, und ergänzte, dass die Strukturen der Integrationspolitik in den Städten zu unterschiedlich seien, als dass man einen ordentlichen Vergleich ziehen könnte. Verbesserungspotenzial sah die Wissenschaftlerin bezüglich der Entscheidungsmacht des Rates für Integration. Sie sehe eine **strukturelle Stärkung der Integrationsgremien** für sinnvoll an. Auf Bundesebene gäbe es mittlerweile zudem eine restriktivere **Schul- und Bildungspolitik** als in den letzten Jahren zum Beispiel in der Diskussion um die Anerkennung der Herkunftssprachen, welche früher kein Problem darstellte. Sie schlug daher eine direkte Kooperation zwischen Kommunen und Universitäten in Form einer Verknüpfung der kommunalen Integrations- und Bildungsarbeit mit der Lehrerausbildung an Universitäten in den unterschiedlichen Bildungsphasen vor. Prof. Pommerin-Götze hob neben der notwendigen **finanziellen Absicherung von Integrationsarbeit** und **Vernetzung** ferner die positive Bedeutung einer Bewusstseinsarbeit hervor, wie sie eine **alltägliche Willkommenskultur** auf Arbeitsebene direkt an der Basis darstelle.



Prof. Unbehauen betonte in seiner Bilanz die **mehrsprachige Informationsbereitstellung**, um die Transparenz der Integrationspolitik für alle Nürnberger Bürger/innen zu gewährleisten und zu verbessern – nicht nur zur deutschen Bürgergesellschaft, sondern auch zu den ausländischen Mitbürger/innen und zu jenen Mitbürger/innen mit Migrationshintergrund, die der deutschen Sprache noch nicht so mächtig sind. Er könne sich zum Beispiel vorstellen, dass die Sitzungsprotokolle der Kommission für Integration mehrsprachig bereit gestellt werden. Auch sei seiner Meinung nach auf **Stadtteilebene** noch viel zu tun. Es gebe schon viele gute Projekte zum Beispiel im Bildungsbereich und im Quartiersmanagement. Es sei wichtig, die Projekte in die Breite zu bringen und die Bevölkerung vor Ort zum Mitmachen zu animieren. Er unterstrich dabei die Notwendigkeit der Nachhaltigkeit und **Verstetigung von Projekten** und damit auch den Bedarf an einer guten **finanziellen Absicherung** der Integrationsarbeit auf Stadtteilebene.

Dabei kritisierte er die Mittelkürzungen der letzten Jahre seitens der Stadt in diesem Bereich, für die vom Staat auferlegte Sparvorlagen seiner Ansicht nach keine Begründung darstellten. In Nürnberg seien wir noch weit von einer Bürgergesellschaft entfernt, wo beide Seiten aufeinander zugehen. Dies zeigten „niederschmetternde“ Resultate einer vor kurzem durchgeführten Evaluation eines Projektes zur Annäherung von Nürnberger Bürgervereinen mit Migrantenorganisationen. Die **interkulturelle Öffnung von Bürgervereinen** bliebe demnach weiter eine wichtige Aufgabe. Diesbezüglich wäre auch das bereitwillige aufeinander Zugehen von lokalen Zusammenschlüssen von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund vor Ort wünschenswert. Der Wissenschaftler plädierte zudem für die **Ausschöpfung der Ermessensspielräume** bei dem Vollzug von Bundesgesetzen auf lokaler Ebene, z.B. bei der Durchführung der Härtefallregelung durch das Ausländeramt. In Bezug auf die von den Teilnehmer/innen erwähnte Informationsplattform wies Prof. Unbehauen im Laufe des Gesprächs auf das „**Forum Interkultur Nürnberg**“ hin, ein Projekt des Instituts für Soziale und Kulturelle Arbeit (ISKA) und des Amtes für Kultur und Freizeit der Stadt Nürnberg, welches zwar für das von den Teilnehmer/innen gewünschte Informationsausmaß noch nicht breit genug aufgestellt sei, jedoch einen ersten Ansatz in diese Richtung darstelle. *Dieses ist unter www.nuernberg-interkultur.de abrufbar.*



Abschließend konstatierte Prof. Dr. Gaby Franger-Huhle, dass der Slogan der 1. Nürnberger Integrationskonferenz „Vielfalt schätzen. Teilhabe stärken. Zukunft gestalten.“ ihrer Meinung nach in Nürnberg Programm sei. Sie wies jedoch auf die **Grenzen der kommunalen Integrationspolitik** hin, die unabhängig ihrer Qualität die Integrationsbelange bestimmter Personenkreise nicht erfüllen könne: Zum Beispiel von Personen, deren ausländische Qualifikationen nicht anerkannt werden. Als wichtige Zukunftsaufgabe der kommunalen Integrationspolitik nannte Prof. Franger-Huhle eine **Sensibilisierung für die Flüchtlingspolitik** und den Ausbau an Integrationsmaßnahmen insbesondere für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. Auch wenn die Flüchtlingspolitik größtenteils in der Entscheidungsbefugnis der Länder und des Bundes liege, müsse die Stadt auf Landes- und Bundesebene gegen bestimmte Praktiken offen Protest ausüben. Zudem müsse der Bereich in der Integrationspolitik stärker mitgedacht und abgedeckt werden. Auf kommunaler Ebene sehe sie weiteren Handlungsbedarf vor allem im Feld der interkulturellen Öffnung. Die Wissenschaftlerin hob dabei die notwendige interkulturelle Öffnung der Schulen und insbesondere die **interkulturelle Kompetenz des Lehrpersonals** hervor. So ging sie darauf ein, dass es noch immer vorkomme, dass Lehrkräfte Schüler/innen davon abhielten, auf das Gymnasium zu gehen, weil ihre Eltern ihnen beim Lernen nicht helfen könnten, oder dass Lehrer/innen noch immer nicht vom Konzept der Ganztagsklassen überzeugt seien, weil sie nicht hinter der öffentlichen Erziehungsaufgabe stünden.

„Teilhabe stärken – aber wie? Perspektiven der politischen Partizipation von Nürnberger/innen mit Migrationshintergrund“ – Der Nürnberger Rat für Integration und Zuwanderung im Gespräch mit den integrationspolitischen Sprecher/innen der Stadtratsfraktionen und Ausschussgemeinschaft im Gespräch

Podiumsgäste: *Diana Liberova* und *Antonio Fernandez* (Integrationsrat), *Dr. Christiane Alberternst* (FDP), *Gabriela Heinrich* (SPD), *Max Höffkes* (CSU), *Elke Leo* (Bündnis 90/Die Grünen)

Das Gespräch wurde von **Michael Kasperowitsch** moderiert. Der Politik-, Geschichts- und Kommunikationswissenschaftler beobachtet und beschreibt als Lokalredakteur der Nürnberger Nachrichten seit Jahren das integrationspolitische Geschehen in Nürnberg. Die folgende, nicht chronologische Zusammenfassung konzentriert sich auf die Äußerungen zur Stärkung von Teilhabe.



Kasperowitsch: Frau Liberova, Sie haben mal in einem Interview gemeint, es gäbe innerhalb der Bevölkerung mit Migrationshintergrund viele Vorbehalte, sich zu engagieren, weil diese Menschen das Gefühl hätten, sie seien gar nicht willkommen. Woran machen Sie das fest? Wo sehen Sie Hindernisse, die Menschen mit Migrationshintergrund davon abhalten, sich mehr zu engagieren?

Diana Liberova nannte vor allem das **Gefühl, nicht akzeptiert zu werden** als Grund dafür, dass sich einige Menschen mit Migrationshintergrund ungern in einschlägigen Maßnahmen engagieren. Dieses Gefühl resultiere zum einen aus mangelnden Sprachkenntnissen. Die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund werde danach beurteilt, wie gut oder wie schlecht sie sich artikulieren könnten. Die Anforderungen der Mehrheitsgesellschaft an ein (von ihr jeweils subjektiv beurteiltes) „ausreichendes“ Deutsch seien dabei überhöht. Dies führe bei den Menschen mit Migrationshintergrund zu einer Scham, sich mit ihrem „nicht ausreichenden“ Deutsch mit einem Anliegen oder einer Meinungsäußerung an Behörden bzw. Menschen ohne Migrationshintergrund zu wenden. Zum anderen resultiere das Gefühl aus dem Selbsterklärungsdruck, dem Menschen mit Migrationshintergrund ausgesetzt seien bzw. dem sie ausgesetzt zu sein glaubten und der folgenden entsprechenden Erklärungsnot oder Erklärungsmüdigkeit (warum sie sich wofür engagieren und interessieren, warum sie nicht integriert sind oder wie sie es geschafft haben, sich selbst „so gut“ zu integrieren).

In diesem Zusammenhang ging Liberova auf das spezifische Bild der Mehrheitsgesellschaft von einem integrierten Menschen ein: je näher die Verlaufsmuster dem eines Menschen ohne Migrationshintergrund ähneln, als desto integrierter werde er wahrgenommen. Sind die Menschen anders integriert, fühlten sie sich somit zum Teil nicht akzeptiert. Zudem führe das Gefühl der Nicht-Akzeptanz zu der Annahme, dass sich die Mehrheitsgesellschaft nicht für sie und ihre Meinungen interessiere und dass ihre Teilnahme an einschlägigen Veranstaltungen nicht ernsthaft erwünscht sei.

Kasperowitsch: Herr Fernandez, weiten Sie bitte mal unseren Blick Richtung Spanien. Wie wird in Spanien über Integration diskutiert?

Als integrationspolitische Maßnahme, die für das Thema Teilhabe relevant ist, nannte Antonio Fernandez das **kommunale Wahlrecht für Drittstaatsangehörige**, welches auch der Nürnberger Rat für Integration und Zuwanderung fordere. Bei den Kommunalwahlen in Spanien dürften etwa 90% der Ausländer/innen wählen. Durch das Wahlrecht ein Zeichen der Akzeptanz gegenüber Personen zu setzen, die schon seit Jahren in einem Land leben, und sie so als Teil der Gesellschaft anzuerkennen, sei integrationspolitisch sehr wichtig. Ebenso wie Liberova war auch Fernandez davon überzeugt, dass man in Deutschland von der Mehrheitsgesellschaft selbst trotz Einbürgerung und Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit oft nicht als integriert wahrgenommen werde. Dies sei in Spanien anders.



Im Laufe des Gespräches befürworteten alle Parteivertreter/innen bis auf Max Höffkes das kommunale Wahlrecht für Ausländer/innen, die eine bestimmte Zeit durchgängig in Deutschland wohnen.

Kasperowitsch: Herr Höffkes, was spricht Ihrer Meinung nach dagegen, Ausländer/innen, die schon seit einer gewissen Zeit in Nürnberg leben, wie den EU-Bürger/innen ebenfalls das kommunale Wahlrecht zu gewähren?

Höffkes nannte als ausschlaggebenden Grund gegen die Einführung des kommunalen Wahlrechts das Grundgesetz, welches dieses für Drittstaatler/innen per se nicht vorsehe, wie zuletzt die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zum Landesgesetz



Schleswig-Holsteins zeigte. Somit lohne sich aus seiner Sicht auch keine hypothetische Diskussion über eventuelle Mindestvoraussetzungen für Drittstaatler/innen zur Erlangung des Wahlrechtes. Höffkes wies auf die den meisten langjährig in Deutschland lebenden Ausländer/innen offen stehende Möglichkeit der Einbürgerung hin. Ist Ausländer/innen die Beibehaltung ihrer Staatsbürgerschaft wichtiger als der Erhalt der deutschen Staatsbürgerschaft, vollzögen sie somit bewusst den Verzicht auf die damit einhergehenden Rechte – inklusive nicht nur kommunalem, sondern generellem Wahlrecht. Die

Erlangung des Wahlrechts stehe ihnen durch eine Einbürgerung jederzeit offen. Eine generelle Hinnahme der **doppelten Staatsbürgerschaft** unterstützte Höffkes nicht.

Die anderen Podiumsgäste artikulierten Gegenpositionen. Liberova unterstrich vor allem die Notwendigkeit, in der Politik über Gesetzesänderungen zu diskutieren und Gesetze nicht als für alle Zeiten unveränderbar hinzunehmen, auch betonte sie die Absurdität einiger Voraussetzungen für eine doppelte Staatsbürgerschaft, z.B. die Unterschiedlichkeit der Anerkennung bei Juden verschiedener Staatsbürgerschaft. Dr. Christiane Alberternst bezeichnete die Anerkennung der doppelten Staatsbürgerschaft, in deren Besitz bisher 4,5 Mio. und zudem nicht als problematisch aufgefallene Menschen in Deutschland sind, als integrationsförderndes Zeichen des deutschen Staates und somit als Ausdruck einer Willkommenskultur. Diese Meinung vertrat auch Elke Leo. Integration funktioniere nicht von alleine, wie Deutschland lange Zeit angenommen habe. Eine Willkommenskultur sei notwendig, die die Gesellschaft nicht in unterschiedliche Teile – die Wahlberechtigten und die Nicht-Wahlberechtigten – teilt. Es sei bewiesen, dass eine doppelte Staatsbürgerschaft zu einer höheren Anzahl an Einbürgerungen, einem stärkeren Zugehörigkeitsgefühl der Betroffenen zu Deutschland und zu besseren Chancen auf dem deutschen Arbeitsmarkt führen.

Kasperowitsch: Frau Heinrich, künftig soll beim SPD-Bundesvorstand eine 15%-Quote für Menschen mit Migrationshintergrund gelten. Glauben Sie, es wäre sinnvoll, diese Quote auch in der Nürnberger SPD oder in Ortsvereinen festzusetzen, um mehr Menschen mit Migrationshintergrund in die Partei zu bekommen?

Gabriela Heinrich äußerte sich skeptisch gegenüber der Quoteneinführung für Parteimitglieder mit Migrationshintergrund. Diese setze zunächst die innerparteiliche Diskussion über die anzuwendende



Definition von Migrationshintergrund voraus. Zudem gebe es keine **aussagekräftige Statistik**, die den genauen Anteil von Parteimitgliedern mit Migrationshintergrund erfasse. Der angestrebte Anteil im Bundesvorstand könne demnach nur eine Schätzung bleiben. Der größte Grund für ihre Skepsis sei die Tatsache, dass der Einführung der Frauenquote eine sehr lange Diskussion vorangegangen sei, die als Überzeugungsarbeit notwendig war. Viele männliche Parteimitglieder hätten sich widerwillig gezeigt, den Frauen einen Teil der Macht anzubieten.

Ähnliche Erfahrungen mache die Politik bei der einschlägigen Diskussion mit den Aufsichtsräten der Wirtschaft. Die Einführung einer Quote für Parteimitglieder mit Migrationshintergrund – ohne vorher in der Partei über einen längeren Zeitraum eine interkulturelle Öffnung erprobt und offensiv propagiert zu haben und somit ohne die Partei abzuholen und mitzunehmen – empfinde Heinrich als nicht zielführend und stehe ihr deshalb kritisch gegenüber. Für den Erfolg einer Quoteneinführung empfahl sie daher statt eines „Überstülpens“ einen guten vorangehenden **Diskussionsprozess**. Heinrich schätzte zudem, dass eine 15%-Quote von Menschen mit Migrationshintergrund in vielen Ortsvereinen übererfüllt wäre.

Kasperowitsch: Frau Heinrich, was müsste unabhängig einer Quote geschehen, um den Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund in den Parteien generell zu erhöhen und ihnen den Zugang zu Parteien zu erleichtern?

Als unabdingbares **Förderinstrument für die Teilhabe** erachtete Heinrich motivationsstiftende **Positivbeispiele** von gut integrierten und politisch oder anderweitig erfolgreichen Menschen mit Migrationshintergrund. Neben der allgemeinen Öffnung der Parteien sowie der Mehrheitsgesellschaft



nannte sie ferner die Sensibilisierung und Selbstreflexion der Parteimitglieder, z.B. durch ein freiwilliges **interkulturelles Kompetenztraining**. Leo ergänzte, dass die Entscheidung über die eigene politische Partizipation von jedem selbst getroffen werden müsse. Die Grünen unterstützten **jegliche Art der Mitarbeit**, sowohl die Parteimitgliedschaft von Menschen mit Migrationshintergrund als auch eine Mitarbeit ohne Parteimitgliedschaft, sollte diese Variante zum Beispiel aus Zeitgründen vorgezogen werden. Letztere werde unter anderem durch den Kontakt zu Migrantenorganisationen gefördert. Die FDP sei laut Alberternst **gezielt** auf einzelne Menschen mit Migrationshintergrund **zugegangen**, um sie als Parteimitglieder zu gewinnen bzw. sie in verantwortungsvollere Positionen einzubinden. Insgesamt sei der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund in der Partei jedoch noch gering. Das größte Hindernis für eine aktive

Parteimitgliedschaft sah Alberternst ebenso wie Leo in dem großen **mit politischem Engagement verbundenen Zeitaufwand**, welcher sich mit Familie und Beruf nicht leicht vereinbaren lasse. Der Migrationshintergrund spiele ihrer Meinung nach für die Entscheidung, in eine Partei einzutreten bzw. ein Mitglied anzunehmen, keine Rolle.

Die Podiumsgäste hoben als wichtiges Instrument der Teilhabe noch vor der politischen Arbeit selbst eine **Willkommenskultur** hervor, da eine solche das Selbstbewusstsein von Menschen mit Migrationshintergrund durch Erhöhung des Akzeptanzgefühls stärke und sich größtenteils diejenigen Menschen mit Migrationshintergrund politisch engagierten oder ein Stadt-, Land- oder Bundesmandat

anstreben, die sich in Deutschland angenommen und integriert fühlten. Teilhabe fördernd wirke, so Heinrich, eine flächendeckende Willkommenskultur sowohl in der Bundesrepublik generell als auch speziell in den Parteien. Leo ergänzte später die ebenso notwendige interkulturelle Öffnung und Orientierung in gesellschaftlichen Organisationen wie Sportvereinen. Unter Willkommenskultur verstanden die Podiumsteilnehmer/innen einen *Potenzialansatz* der Integrationspolitik statt eines Defizitansatzes, wie er in der Bundesrepublik sowohl in Politik als auch Gesellschaft in den letzten Jahren vorherrschte. Leo empfahl, statt den Fokus ausschließlich auf Probleme wie mangelnde Deutschkenntnisse oder schlechte Integration in den Arbeitsmarkt zu legen, die Potenziale von Menschen mit Migrationshintergrund aufzuzeigen und zu fördern sowie das Bildungssystem auf die neuen Verhältnisse anzupassen und Zweisprachigkeit (unabhängig bei welcher Muttersprache) als Zusatzkompetenz anzuerkennen und zu fördern. So werde auch die *Öffnung der Mehrheitsgesellschaft* unterstützt, die dazu führe, dass Zuwander/innen offen und vorurteilsfrei angenommen werden. Für Alberternst stelle außerdem eine nicht zu restriktive *Zuwanderungspolitik* gegenüber ausländischen Fachkräften ein Signal der deutschen Willkommenskultur dar, zum Beispiel in Form eines Herabsenkens des Mindesteinkommens, welches Fachkräfte für eine deutsche Einreise- und Arbeitserlaubnis vorweisen müssen. Für Liberova bedeute Willkommenskultur, das „Besserwissertum“ darüber abzulegen, wie man sich „richtig“ zu integrieren habe. Zudem sei damit die *interkulturellen Öffnung und Sensibilisierung* vor allem der Ausländerbehörde als Erstanlaufstelle und der Polizei verknüpft. Der Nürnberger Integrationsrat kämpfe in diesem Zusammenhang zum Beispiel dafür, dass Mitarbeiter/innen Namensschilder tragen, damit Besucher/innen sie direkt ansprechen können, sowie für eine offene und kundenorientierte Beratung statt einer abweisenden Behandlung aufgrund der Staatsangehörigkeit oder mangelnder Deutschkenntnisse. Zuwander/innen würden Stimmungen in den Erstanlaufstellen ebenso auffangen, wie sie Gesichtszüge deuteten. Das Thema Willkommenskultur fange demnach schon mit der alltäglichen *respektvollen Behandlung des Gegenübers* an. Fernandez sieht Willkommenskultur vor allem als aktives Leben des darin enthaltenden Wortes „Willkommen“ an und plädierte für die gegenseitige *Akzeptanz*, ohne das Gegenüber verändern zu wollen. Dies führe dazu, dass sich Menschen mit Migrationshintergrund besser integrierten und die Mehrheitsgesellschaft die Integrationsleistung eher anerkenne. Höffkes stimmte zu, dass die Meinung vieler Menschen ohne Migrationshintergrund gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund oft noch am Aussehen des Letzteren hänge. Obwohl beidseitig noch viel zu tun sei, sei die Willkommenskultur in Deutschland trotzdem schon weit vorangeschritten.



Leo betonte, die Politik müsse Strategien entwickeln, wie Menschen mit Migrationshintergrund der **zweiten und dritten Generation** besser eingebunden werden könnten, da sich besonders diese Menschen ihrer Beobachtung nach mehr zurückzögen.

*An die letzte Frage schloss eine spätere Publikumsfrage an: Wie könne (nicht nur politische) Teilhabe nach Meinung der Podiumsgäste über das kommunale Wahlrecht und die Förderung von Willkommenskultur hinaus durch **konkrete Ansätze** gestärkt werden?*

Laut Alberternst fange Teilhabe in der Elementarbildung an, wo die Kinder vorurteilsfrei und für demokratische Teilhabe sehr aufnahmefähig seien. Der Nürnberger Bildungsbericht zeige, dass bestimmte Gruppierungen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund schlechtere Bildungsabschlüsse erreichen, dies hänge jedoch nicht mit dem Migrationshintergrund zusammen, sondern sei vielmehr mit Bildungsferne des Elternhauses und sozialem Status zu erklären. Als Ansatz, Teilhabe zu fördern, sieht sie somit die **Unterstützung von Ganztagschulen sowie Familienzentren**, die die Eltern in ihre Arbeit mit einbeziehen und parallel Sprachkurse anbieten.

Heinrich betonte in diesem Zusammenhang das Ansetzen an Migrantenorganisationen und ihren Mitgliedern als **Multiplikatoren**, zum Beispiel zur Unterstützung der Elternbildung oder als Vermittler/innen zwischen den Kulturen. Es gebe noch einige Menschen, die man mit der bisherigen Integrationsarbeit nur schlecht erreiche. Zudem nannte sie **politische Bildung** als notwendiges Instrument, welches in den Schulen bisher vernachlässigt worden sei. Politische Bildung müsse für Jugendliche ansprechend konzipiert werden, um nachhaltig zu wirken. Sie sei unabdingbar, da die Jugendlichen die neue und neueste Geschichte, die das heutige Leben beeinflusst, zum Teil nicht selbst miterlebt haben und somit einen anderen Bezug zur Vergangenheit haben bzw. sie nicht annehmen. Als positives Beispiel für Geschichtsvermittlung an junge Menschen führte sie das Nürnberger Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände auf.

Leo unterstrich, die Eingangsaussage von Liberova aufgreifend, dass sich 57% der Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland nicht angenommen fühlten. Die Teilhabe dieser Gruppe gelte es zu stärken. Um ihre politische Teilhabe und somit ihren Anteil in Parteien durch konkrete Maßnahmen zu



erhöhen, muss die Expertise von **Parteimitgliedern mit Migrationshintergrund** einbezogen werden. Diese müssten ihr Wissen und ihre Erfahrung einbringen und gegebenenfalls **als Multiplikatoren** fungieren. Gleiches gelte für die politischen Vertretungen der Menschen mit Migrationshintergrund wie dem Integrationsrat, die gute Kontakte zu Migrantenorganisationen pflegen und diesen die Vorteile einer aktiven politischen Partizipation erläutern könnten. Es könne keine gemeinsamen Gespräche geben, wenn sich Menschen mit (und ggf. auch ohne) Migrationshintergrund nicht an den angebotenen Diskussionsveranstaltungen beteiligen, weil sie glauben, man wolle sie nicht hören. In Deutschland war, so Liberova, bis vor wenigen Jahren die Mitsprache von Menschen mit Migrationshintergrund nicht gefragt bzw. wurde immer nur

gut dosiert unterstützt, wenn es um die Erarbeitung von sinnvollen und bedarfsgerechten einschlägigen Integrationsmaßnahmen ging. Anstatt sie nach ihren Bedürfnissen zu fragen und sie in die Konzeption einzubinden, wurden Angebote zum Teil verpflichtend gemacht, die sich im Nachhinein als wenig nützlich herausgestellt hätten. Den Menschen müsse nun **Zeit** gegeben werden, auf das neue ernstgemeinte Interesse der Mehrheitsgesellschaft zu reagieren. Die Aktivierung ihrer Teilhabe sieht Liberova jedoch nicht allein in der Verantwortung der Integrationsräte. Noch zeige die Diskussion, dass die Unterstützung der Teilhabe durch die Mehrheitsgesellschaft noch immer begrenzt ist, vor allem sobald es um Ämter, Macht und Verantwortung gehe, wie es zum Beispiel bei der Diskussion um das Stimmrecht des Integrationsrates in der Kommission für Integration der Fall war. Sie spielte damit auf die notwendige **flächendeckende und alle Hierarchiestufen betreffende interkulturelle Öffnung** an.

Vorschläge aus dem Publikum zur Förderung der Teilhabe waren zudem: Erhöhung der Wahlbeteiligung sowohl bei der Integrationsratswahl als auch der Kommunalwahl durch direkte Einladung von Menschen mit Migrationshintergrund statt durch einen eher anonym wirkenden postalischen Aufruf zur Wahl sowie mit Menschen mit Migrationshintergrund zu sprechen statt über sie. Auch wurde Politiker/innen nahegelegt, sich in ihren Kampagnen und Aussagen an die Realität zu halten und keine falschen Bilder einer nicht offenen Gesellschaft zu vermitteln. Wie das von Prof. Bade vorgestellte SVR-Gutachten zeige, sei ein Großteil der Bevölkerung im alltäglichen interkulturellen Zusammenleben und bezüglich der gegenseitigen Akzeptanz weiter als die Politik propagiere. Ein Teilnehmer betonte außerdem, dass Integration nicht heiße, alle Ausländer/innen, sondern alle sozial Schwachen zu integrieren.

Insgesamt herrschte Einvernehmen unter den Podiumsgästen, dass Partizipation wichtig sei und gestärkt werden müsse und dass es zur Förderung der Teilhabe zunächst einer Willkommenskultur bedürfe. Daher müsse vor allem die interkulturelle Öffnung der Gesellschaft und gesellschaftlichen Organisationen unterstützt werden.

„Local Players- Auszubildende für Demokratie, Vielfalt und Toleranz.“ – Vorstellung des Projektes des Ausbildungsringes Ausländischer Unternehmer und Übergabe von Teilnahmeurkunden

Zum Abschluss der 1. Nürnberger Integrationskonferenz stellte die Projektleiterin Ulla Krämer zusammen mit ihren Kolleg/innen des Ausbildungsringes Ausländischer Unternehmer e.V. das Xenos-Projekt „Local Players - Auszubildende für Demokratie, Vielfalt und Toleranz.“ vor. Erste Ausschnitte aus einem Dokumentarfilm von Markus Rojek, der die Local Players bei ihrer Arbeit begleitet hat, wurden uraufgeführt. Die Teilnehmer/innen des Projekts, vorwiegend Auszubildende mit Migrationshintergrund und Studierende der Sozialen Arbeit und der Wirtschaftspädagogik, wurden im Projekt zu Botschafter/innen in eigener Sache ausgebildet. Sie haben gelernt, Ausgrenzungen und Übergriffe mit fremdenfeindlichem Hintergrund zu erkennen und adäquat dagegen vorzugehen. Im Anschluss verliehen der 2. Bürgermeister der Stadt Nürnberg, Horst Förther, und die Schirmherrin des Projektes, Christine Stahl MdL (Bündnis 90/Die Grünen, Vizepräsidentin des Bayerischen Landtags) Teilnahmeurkunden an die ersten Absolvent/innen der Zusatzqualifizierung.



Seit 2009 führt der Ausbildungsring Ausländischer Unternehmer e.V. in Zusammenarbeit mit „PlanPlus – freies Institut für angewandte Sozialforschung und Urbanistik“ das Modellprojekt "Local Players - Auszubildende für Demokratie, Vielfalt und Toleranz" durch. Local Players wird durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und den Europäischen Sozialfonds im Bundesprogramm XENOS Integration und Vielfalt gefördert. Hintergrund des Projektes ist die Zunahme interkultureller Begegnungen in allen Lebens- und Arbeitsbereichen unserer Gesellschaft, die neben solidarischem Miteinander und aktivem Austausch auch beunruhigende Tendenzen zu Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Ausgrenzung mit sich bringt. Junge Menschen mit Migrationshintergrund sind davon besonders betroffen. Hinzu kommt, dass ihre besonderen Kenntnisse und Fähigkeiten häufig nicht erkannt und gestärkt werden. Hier setzt das Projekt an. Die Teilnehmer/innen erwerben Kompetenzen, damit sie in der Schule und am Ausbildungs- oder Arbeitsplatz aktiv werden können: Für Toleranz, Demokratie und gegenseitige Wertschätzung. Gleichzeitig ergänzen sie ihr eigenes Berufsprofil um wertvolle Bausteine wie den gezielten Einsatz von Mehrsprachigkeit, Dialogtechniken im interkulturellen Kontext, Konfliktmanagement und vieles mehr.

Unter www.local-players.de finden sich weitere Informationen über das Projekt.

„Basar der Möglichkeiten: Integrationsarbeit in Nürnberg“ – konferenzbegleitende Ausstellung

Integrationsarbeit ist in Nürnberg nicht nur Aufgabe der Stadtverwaltung. Es gibt viele Träger/innen, Institutionen, Verbände, Initiativen und Einrichtungen, die engagierte Integrationsarbeit leisten. Der „Basar der Möglichkeiten: Integrationsarbeit in Nürnberg“ gab den städtischen und nicht-städtischen Nürnberger Einrichtungen die Möglichkeit, ihre Arbeit und ihre Integrationsangebote vorzustellen. Aufgrund der Fülle an Angeboten konnte die Ausstellung nur einen beispielhaften Überblick geben, dieser zeigte sich jedoch breit gefächert und gut besucht.



Die Poster der Ausstellung und somit die Angebote der an der Ausstellung beteiligten Einrichtungen finden Sie im Anhang 2.

Fazit

Die erste Integrationskonferenz zog eine Zwischenbilanz der Nürnberger Integrationspolitik aus Sicht der Teilnehmer/innen, Referent/innen und Akteure. Das **inhaltliche Feedback** fiel für Nürnberg insgesamt sehr positiv aus. Das Konferenzmotto „Vielfalt schätzen. Teilhabe stärken. Zukunft gestalten.“ ist in Nürnberg Programm, und dies wurde von den Teilnehmer/innen auch so wahrgenommen. Trotzdem zeigte sich, dass noch viel Arbeit zu leisten ist, bis die Leitlinien der Nürnberger Integrationspolitik



umfassend umgesetzt sind und die Dichotomie zwischen Nürnberger/innen mit und ohne Migrationshintergrund aufgehoben ist. Es bestand breiter Konsens darüber, dass weitere Anstrengungen zur interkulturellen Öffnung, Orientierung und Kompetenz aller gesellschaftlichen Teilbereiche auf diesem Weg ebenso wichtig sind wie die Anpassung des Bildungssystems. Vielfach wurde betont, dass viele Problemlagen nicht aufgrund des Migrationshintergrunds, sondern der sozialen Lage entstehen. Daher greift der Blick auf den Migrationshintergrund als Erklärungsansatz zu kurz, denn ausschlaggebender sind

häufig die soziale Lage und die Bildungsferne oder -nähe. Auch die Notwendigkeit regelmäßiger Evaluationen der verschiedenen Maßnahmen wurde immer wieder herausgestellt, um ihre Wirksamkeit und Qualität zu gewährleisten. Nicht zuletzt wurde ferner das Bemühen um eine differenzierte Öffentlichkeitsarbeit betont.

Die Anregungen der ersten Nürnberger Integrationskonferenz sollen nicht nur dokumentiert, sondern nachhaltig weiterverfolgt werden. Sie werden deshalb in die einschlägigen Integrationsgremien eingespeist und fließen, wo möglich, in die alltägliche Integrationsarbeit der städtischen Dienststellen und Einrichtungen ein.

Konferenzevaluation

Zur Evaluierung der Konferenz wurden Evaluationsbögen ausgeteilt und ausgewertet. Ergänzend wurden im Nachklang Feedback-Gespräche zu **Organisation, Konferenzinhalt und Format** in den unterschiedlichen Integrationsgremien geführt. Dazu gehörten neben einem kritischen Rückblick durch die Koordinierungsgruppe Integration selbst auch Gespräche mit dem Nürnberger Rat für Integration und Zuwanderung, mit dem Arbeitskreis Migration und Integration (AKIM), der sowohl städtische als auch nicht-städtische Integrationsakteure umfasst, sowie mit Teilnehmer/innen der Integrationskonferenz.

Die 1. Nürnberger Integrationskonferenz stieß insgesamt auf sehr **positive** Rückmeldung. Einstimmig positiv herausgehoben wurde vor allem das 1. Nürnberger Integrationscafé samt der Methode „Weltcafé“, die den übergreifenden Austausch unterstützt habe. Auch die Einbeziehung eines „*inhaltlich visionären Inputs*“ in diesem Falle von Prof. Dr. Bade wurde größtenteils positiv hervorgehoben, ebenso die Vorstellung der Koordinierungsgruppe Integration. Letztere sei zwar lang gewesen, aber sehr informativ und habe mit der *transparenten Darstellung* über die Struktur der Integrationspolitik und Integrationsarbeit bei der Stadt eine Wissenslücke geschlossen. Die Konferenz wurde als sinnvolles und notwendiges Instrument für den stadtweiten Austausch angesehen und der Wunsch nach Verstetigung geäußert. Auch die begleitende Ausstellung wurde positiv hervorgehoben, da sie einen guten beispielhaften Überblick der Integrationsangebote in Nürnberg über die städtische Ebene hinaus gab.



Kritisch angemerkt wurde vor allem die *Länge der Konferenz* als auch die *Wahl des Wochentages*. So sollte die Konferenz verkürzt oder auf zwei Tage aufgeteilt werden. Je nach Zielgruppe sollte die Konferenz am Wochenende stattfinden, um auch Ehrenamtlichen die Teilnahme am kompletten Konferenztag zu ermöglichen. Zudem wurde vorgeschlagen, zugunsten einer erhöhten Konzentrationsfähigkeit das nächste Mal *Vortrags- und Arbeitsgruppenphasen* während des gesamten Konferenztages stärker zu mischen. Die Themenbreite der 1. Nürnberger Integrationskonferenz sei für das Ziel, eine Zwischenbilanz zu ziehen und einen Einstieg für eine folgende Konferenzreihe zu geben, angebracht gewesen. Für die kommenden Konferenzen sollten jedoch *thematische Schwerpunkte* gesetzt, dabei aber der wichtige Austausch quer zu bestehenden Netzwerken und ggf. auch quer zu Themenschwerpunkten beibehalten werden. Es wurde zum Beispiel vorgeschlagen, das Thema „aus *Perspektive der Menschen mit Migrationshintergrund*“ zu analysieren. Generell sollten bei den Konferenzen Menschen aus den verschiedenen Arbeitsebenen und -bereichen auch als *Referent/innen* eingeladen werden, inklusive Repräsentant/innen von Organisationen von Menschen mit Migrationshintergrund, Wohlfahrtsorganisationen und anderen in der Stadt vertretenen Organisationen. Desweiteren wurde der Vorschlag eingebracht, die Themeninputs der nächsten Konferenz durch *freiwillige Arbeitskreise* vorbereiten zu lassen, die schon im Vorfeld der Konferenz einschlägige Literatur, Informationen und ersten Austausch über eine dezentrale Plattform bereitstellen und fördern.



Die **Teilnehmerverteilung nach Trägern** zeigt, dass Mitarbeiter/innen der Stadt Nürnberg ein Drittel ausmachten. Einen weiteren beträchtlichen Anteil stellten Vertreter/innen von Vereinen (Kulturvereine und Eltern- bzw. Bildungsvereine) und Wohlfahrtsverbänden dar. Zudem haben neben sonstigen Einzelpersonen Vertreter/innen der Politik (Bundes- und Landesebene, Integrationsrat, AGABY), des BAMF und der Wissenschaft ebenso teilgenommen wie die Kammern, das Jobcenter und der AAU e.V. Das Ziel, Multiplikator/innen aus den unterschiedlichsten Ebenen und **Themenbereichen** zu gewinnen, wurde demnach erreicht. Während die Themen Bildung und Kultur den vertretenen Einrichtungen nach zu urteilen dominierten, wurden diese durch Vertreter/innen aus den Querschnittsbereichen Soziales,

Beratung und Arbeitsmarkt/Wirtschaft ergänzt. Auch die Themen (politische) Partizipation, Flüchtlinge und Menschenrechte waren vertreten. Kaum Repräsentant/innen fanden sich aus den Bereichen Sport, Gesundheit und Sicherheit.

Ausblick

Die 1. Nürnberger Integrationskonferenz war Auftaktveranstaltung einer regelmäßigen Konferenzreihe. In diesem Vorhaben sieht sich die Stadt durch das positive Feedback bestätigt: Den Teilnehmer/innen zufolge habe die Konferenz als eine Themen und Arbeitsebenen übergreifende Plattform zum Informations- und Erfahrungsaustausch eine Bedarfslücke geschlossen.

Die Anregungen zum Konferenzformat werden, wo möglich, in die Planungen der **2. Nürnberger Integrationskonferenz** aufgenommen, die am Samstag, 28. April 2012, stattfinden wird.

Mit der vorliegenden Konferenzdokumentation endet die **Einspeisung der Ergebnisse** in die Stadtverwaltung und lokale Integrationsarbeit nicht. Die Ergebnisse der Konferenz werden durch die Koordinierungsgruppe Integration ausgewertet, in den Gremien weiter diskutiert und in weitere Planungen aufgenommen.

Einige während der Konferenz implizit oder explizit gestellte Fragen, beispielsweise welche Maßnahmen die Stadt in bestimmten Themengebieten anbietet, werden im voraussichtlich Anfang 2013 erscheinenden **Nürnberger Integrationsbericht** beantwortet werden.

Impressum

Impressum

Herausgeberin: Stadt Nürnberg, Koordinierungsgruppe Integration

Fotos: Karl-Friedrich Hohl

Gestaltung der Titelseite: Herbert Kulzer, Stadtgrafik Nürnberg

Kontakt

Amt für Kultur und Freizeit der Stadt Nürnberg

Koordination Integrationsprogramm

Sandra Bröring

Telefon: 0911-231-4674

sandra.broering@stadt.nuernberg.de

Weitere Informationen

www.integration.nuernberg.de

www.nuernberg-interkultur.de

Die Dokumentation selbst sowie alle Anhänge finden sich auf www.integration.nuernberg.de.



**Vielfalt
schätzen.**

**Teilhabe
stärken.**

**Zukunft
gestalten.**

1. Nürnberger Integrationskonferenz

20. Mai 2011
südpunkt

Dokumentation *Anhang 1*



*„Integration in Deutschland:
Sach- und Panikdebatten.“*

Prof. Dr. Klaus J. Bade

„Integration in Deutschland: Sach- und Panikdebatten.“**Klaus J. Bade**

Ich spreche hier nicht als Vorsitzender des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR), der auf dessen Beschlusslagen Rücksicht nehmen muss, sondern in eigener Sache. Ich bemühe mich dabei um eine erträgliche Verbindung von wissenschaftlicher Fundierung und menschenfreundlicher Prosa.¹

1. Integration und Integrationspolitik

In Sachen Integration und Migration gibt es in Deutschland eine doppelte Spannung zwischen Empirie und Projektion, also zwischen Erfahrung und Zuschreibung, die durch die Desintegrationspublizistik verstärkt wird: Es gibt eine Spannung zwischen den konkreten Erfahrungen der Menschen auf dem Boden der Einwanderungsgesellschaft und über den Wolken geführten publizistischen Blitz- und Donner-Diskursen über Integration und Migration. Das verstärkt die Spannung zwischen den Einschätzungen der Bürgergesellschaft zu Integration und Migration und der Fehleinschätzung dieser Bürgermeinungen durch politische Akteure.

Der Sachverständigenrat hat im Mai 2010 ein ‚Integrationsbarometer‘ und im April 2011 ein ‚Migrationsbarometer‘ vorgelegt. Die SVR-Barometer sind Umfragen, in denen Mehrheits- und Zuwandererbevolkerung, also Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, jährlich abwechselnd mit den gleichen Fragen zu Integration und Integrationspolitik oder zu Migration und Migrationspolitik konfrontiert werden. Beim Integrationsbarometer geht es also um die Einschätzung von Integration und Integrationspolitik, beim Migrationsbarometer um diejenige von Migration und Migrationspolitik.

Das im Mai 2010 vorgelegte erste Integrationsbarometer sprach von pragmatisch-gelassenen bis verhalten positiven Haltungen zu Integration und Integrationspolitik auf beiden Seiten der Einwanderungsgesellschaft. Es zeigte ein hohes Grundvertrauen der Zuwanderer gegenüber den Deutschen - höher sogar als das Vertrauen der Deutschen zu sich selbst. Diese Einstellungen unterschieden sich grundlegend von den Schreckbildern in der Desintegrationspublizistik und in den Sensationsmedien, aber auch von dadurch beeinflussten politischen Trauerreden über eine in Deutschland angeblich flächendeckend ‚gescheiterte Integration‘. Das wiederum wurde im Ausland, angesichts der dort oft sehr viel gravierenderen Probleme, ohnehin nie recht verstanden und eher der Selbstmitleid und Identitätskrise einschließenden Symptomatik der ‚German disease‘ zugerechnet.

Datengrundlage des Integrationsbarometers war eine Befragung von mehr als 5.600 Personen Ende 2009.² Das Integrationsbarometer war Teil des im Mai 2010 vorgelegten SVR-Jahresgutachtens ‚Einwanderungsgesellschaft 2010‘ über Stand und Bewertung von Integration und Integrationspolitik in Deutschland.³ Seine national und international Aufsehen erregenden Botschaften lauteten: Deutschland ist angekommen in der Einwanderungsgesellschaft. Integration in Deutschland ist besser als ihr Ruf im Land. Spannungsgeladene Problemzonen bestätigen als Ausnahmen eher die Regel der weithin mehr oder minder gelingenden Integration.

¹ Diesen Vortrag habe ich am 3.6.2011 auf dem Kirchentag der EKD in der Frauenkirche zu Dresden unter dem Titel ‚Migration und Integration in Deutschland: Pragmatismus und Hysterie‘ gehalten und ähnlich, aber wesentlich in freier Rede, unter dem o.g. Titel auf der 1. Nürnberger Integrationskonferenz. Das erweiterte Vortragsmanuskript erscheint in: ... da wird auch dein Herz sein‘. Theologie und Glaube, Gesellschaft und Politik, Welt und Umwelt, i. A. des Dten. Evang. Kirchentages, hg. v. R. Runge u. E. Ueberschär, Gütersloh 2011. Eine stark ergänzte Fassung mit Literaturhinweisen erscheint unter dem Titel ‚Integrationsoptimismus oder Integrationspanik? Probleme und Perspektiven‘ in einem Band der Reihe „Edition Weltordnung – Religion – Gewalt“ (Innsbruck University Press). Prof. Dr. H. Faßmann, Wien, danke ich für seine Hinweise zum Ländervergleich Deutschland-Österreich-Schweiz. Für kritische Hinweise danke ich Dr. G. Fincke, Dipl.-Ök. S. Fellmer, Dr. H. Kolb und S. Pötzschke, M.A.

² H. Faßmann, Die Messung des Integrationsklimas, in: Leviathan, 39/1, 2011, S. 99-124.

³ Einwanderungsgesellschaft 2010. Jahresgutachten 2010 mit Integrationsbarometer des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration, http://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2010/11/svr_jg_2010.pdf.

Nicht nur die Befragungen, auch die empirischen Bestandsaufnahmen kamen zu einem insgesamt verhalten positiven Ergebnis, auch im internationalen Vergleich. Bemessungsgrundlage war die operationale, an gesellschaftlicher Partizipation orientierte Integrationsdefinition des SVR: Als soziale Integration verstanden wird die meßbare Teilhabe an den zentralen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, also insbesondere an Erziehung, Bildung, Ausbildung, am wirtschaftlichen Leben bzw. am Arbeitsmarkt, an den sozialen und rechtlichen Schutz- und Sicherheitssystemen bis hin zur – statusabhängigen - politischen Teilhabe.

Ein - im Sinne der Ausrichtung des SVR-Gutachtens auf die Integration von Zu- bzw. Einwanderern nicht genutzter - Vorteil dieser partizipationsorientierten Definition von sozialer Integration ist, dass sie auch auf Staatsangehörige ohne Migrationshintergrund angewendet werden kann: Im Sinne dieser Definition von sozialer Integration kann es bei deutlich unterschiedlicher Teilhabe in den zentralen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens - abgesehen von den mit der Staatsangehörigkeit selbst verbundenen Rechten und Pflichten - bereichsweise auch gut integrierte Ausländer und schlecht integrierte Deutsche geben. In diesem Sinne heißt die Zukunftsaufgabe in der Bürgergesellschaft als Einwanderungsgesellschaft, von Neuzuwanderern mit Sprachproblemen abgesehen, nicht Integration von Migranten durch Maßnahmen, sondern Partizipation von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, wobei im Zusammenhang von Integrationsförderung ein Migrationshintergrund nur ein Förderkriterium unter anderen sein sollte.

Gemessen und bewertet wurden im SVR-Gutachten über Integration in Deutschland auch soziale Dunkelzonen und spannungsgeladene Problembereiche, die aber klar milieubezogen und ohne kulturalistische Gruppendenunziation angesprochen wurden: Hier wirken Schleifspuren von Versäumnissen der Vergangenheit auf beiden Seiten, also bei der Integration der Einwanderer und bei der Integrationspolitik des Einwanderungslandes, als Gegenwarts- und Zukunftsbelastungen für die Einwanderungsgesellschaft.



Aber die historischen Handlungsspielräume waren dabei sehr ungleich verteilt: Ein mental verklemmtes Einwanderungsland, das sich über Jahrzehnte mit der Tabu-Formel „Die Bundesrepublik ist kein Einwanderungsland“ selbst dementiert, sollte sich nicht wundern über die verspätete Entwicklung von Einwandererbewußtsein bei seinen verschämt als ‚Zuwanderer‘ bezeichneten Einwanderern. Wie sollten sich Einwandererbewußtsein oder gar Einwandererstolz entwickeln in einem Land, das in defensiver Erkenntnisverweigerung über Jahrzehnte hinweg bestritt, ein Einwanderungsland zu sein? Wie soll ein Wanderer einem Ziel entgegen streben, wenn auf der Wegmarke ‚Sackgasse‘ steht: Ein lange griesgrämiges Einwanderungsland wider Willen sollte sich über mitunter widerwillige Einwanderer nicht wundern. Es gleicht vielmehr einem Bademeister, der vor Schwimmbecken ein Schild anbringt „Dies ist kein Schwimmbad“ - und sich hinterher darüber empört, dass die Badegäste nur auf die Liegewiese gegangen sind, statt im Wasser Schwimmen zu lernen.

Im Ergebnis leben in Deutschland an der breiten Basis der Sozialpyramide viele Familien mit starken, zum Teil über Generationen hinweg anhaltenden Integrationsdefiziten als Teil einer neuen Unterschicht mit, aber auch ohne Migrationshintergrund. Die neue Unterschicht hat eine offene Grenze nach unten in die strukturelle Randständigkeit, aus der sich viele kaum mehr aus eigener Kraft befreien können.

Ich greife hier nur einen Problemzusammenhang heraus: die intergenerative Stabilisierung von prekären Sozialmilieus mit, aber auch ohne Migrationshintergrund durch die in Deutschland besonders

ausgeprägte ‚Vererbung‘ sozialer Startnachteile über das Bildungssystem. Von gleichen Bildungschancen oder gar Bildungserfolgen von Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund kann schon deshalb noch nicht die Rede sein.

Zum Hintergrund der sozialen Spaltung im Bildungswesen zählt ein Dilemma: Die Einwanderungsgesellschaft ist gekennzeichnet durch wachsende Vielfalt und Differenz. Nach dem SVR-Integrationsbarometer haben Schülereltern selber in aller Regel durchaus positive Erfahrungen mit ethnischer Heterogenität. Und Eltern aus Mehrheits- wie Zuwandererbevolkerung befürworten auch nachdrücklich Gleichberechtigung bei den Bildungschancen in ethnisch heterogenen Schulen. Sie haben aber dennoch meist eine negative Einschätzung der Leistungsfähigkeit von Schulen mit ethnisch heterogener Schülerschaft. Sie wollen deshalb für die eigenen Kinder eben gerade nicht das ‚Risiko‘ ethnisch gemischter Schulklassen eingehen. Das gilt besonders für bildungsorientierte, einkommensstarke Eltern aus der Mehrheitsgesellschaft, aber auch für Aufsteigerhaushalte mit Migrationshintergrund.

Dahinter steht die in Deutschland im Blick auf viele städtische Verdichtungsräume mit hoher Einwandererkonzentration durchaus begründete Gleichsetzung von ethnischer Heterogenität an Schulen mit der Vorstellung von Schulklassen mit einem hohen Anteil an Schülern aus sozial schwachen und bildungsfernen Milieus. Solange sich die Einschätzung hält, dass Heterogenität der Schülerschaft und Leistungsfähigkeit der Schule schwer vereinbar sind, solange wird sich in Deutschland die soziale Spaltung im Bildungswesen nicht wirksam bekämpfen lassen.



Abhilfekonzeppte dafür gibt es zuhauf, es fehlt an der politischen Bereitschaft und Fähigkeit, sie flächendeckend umzusetzen. Das wird in Deutschland zusätzlich dadurch erschwert, dass im föderalen System in mancher Hinsicht unterschiedlich strukturierte Bildungssysteme nebeneinander stehen, weil Bildung als wichtigste Dimension der Integrationspolitik heute vorwiegend Sache der Länder und nicht mehr des Bundes ist.

Es gibt aber nicht nur eine bildungspolitische, sondern auch eine im weitesten Sinne gesellschaftspolitische Seite dieses Problems: Die unzureichende Qualifikation vieler Jugendlicher aus prekären Milieus mit und ohne Migrationshintergrund blockiert nicht nur deren individuelle Zukunfts- und Erwerbschancen. Sie begrenzt zusätzlich auch das – mittelfristig schon aus demographischen Gründen schrumpfende – Arbeitskräfteangebot. Und sie belastet durch zum Teil schon ‚ererbte‘ Transferabhängigkeit den Sozialetat im Wohlfahrtsstaat.

Mehr noch: Die Perspektivlosigkeit der ‚Generation Hartz IV‘ führt in sozial schwachen Milieus zu einem zunehmend aggressiven Empörungspotential. Es wächst mit der Zahl der sozialen Verlierer, die sich ihrer perspektivlosen Lage bewusst werden. Aus dem Umschlag von Frustration in Aggression kommen mitunter individuelle Reizbarkeit und spontane Gewaltbereitschaft. Mangelnde Chancengleichheit ist deshalb eine Gefahr für den sozialen Frieden in der Einwanderungsgesellschaft.

Die Politik hat diese vom Verfasser und anderen Migrations- und Integrationsforschern über viele Jahre hinweg immer wieder warnend angesprochene, wachsende soziale Gefahr lange nicht zureichend erkannt oder auch verdrängt. Sie hat die Warnungen vor drohenden sozialen Spannungen mitunter sogar als sträflichen Versuch diskreditiert, solche Spannungen ‚herbeizureden‘, nach dem Motto, dass nicht sein kann, was nicht sein darf. Aber was man verdrängt, das kann man nicht gestalten. Und die Rache heißt heute ‚Sarrazin‘.

2. Die ‚Sarrazin-Debatte‘

Wir hatten also im Mai 2010 ein insgesamt verhalten positives Gesamtbild der Integration in Deutschland präsentiert. Es beleuchtete zwar auch Dunkelstellen und Spannungsfelder in einzelnen Bereichen und Sozialmilieus, aber ohne kulturalistische Gruppendenunziation. Es bot ein klares Gegenbild zum wirklichkeitsfremden Gejammer auf hohem Niveau im internationalen Vergleich über eine angeblich flächendeckende ‚gescheiterte Integration‘, das von nicht wenigen Politikern ungeprüft oder auch bewußt populistisch übernommen worden war. Nach dem SVR-Jahresgutachten ‚Einwanderungsland 2010‘, das im Frühsommer und Sommer in Medien und Politik starke Beachtung fand, mußten manche politischen Akteure ihre Redenschreiber mit neuen Bewertungen beauftragen.

Aber schon bald schienen die alten Manuskripte wieder brauchbar zu werden; denn im Spätsommer und Herbst 2010 zog eine neue Unwetterfront auf: Deutschland geriet in den Sog der ‚Sarrazin-Debatte‘. Wichtig ist mir hier eine dreifache Unterscheidung - zwischen Thilo Sarrazin, seinem Buch und der Mediendiskussion darüber. Das verhilft zu einem differenzierteren Blick auf das, was gemeinhin die ‚Sarrazin-Debatte‘ genannt wird. Es relativiert aber nichts; denn der Autor war, trotz vieler ihm selbst lästiger, aber nicht öffentlich mißbilligter Überzeichnungen, absichtsvoll und gern Mittelpunkt dieser Debatte.

Da ist, erstens, der promovierte Wirtschaftswissenschaftler und Finanzpolitiker Thilo Sarrazin mit Praxiserfahrung in den verschiedensten Feldern, zeitweise auch als behördlicher Redenschreiber für



Auftraggeber der verschiedensten Couleur, was seine scharfe Feder geschult hat. Am bekanntesten wurde der gern auf Öffentlichkeitswirkung achtende, oft polemisierende ‚Klartext-Redner‘ Sarrazin als Berliner Finanzsenator. Ich teile seine Einschätzungen nicht, aber ich respektiere ihn als schlagfertigen Gegner und habe mit ihm - über lautstarke Dissonanzen in den Medien hinweg - sogar eine private Korrespondenz. Das wiederum

können einfältige Schmähbrieff-Schreiber aggressiver Blogs gar nicht begreifen, weil ihre binären geistigen Tentakel nur schwarz und weiß oder, politisch gesprochen, nur rot und braun unterscheiden können.

Da ist, zweitens, der passagenweise rasant geschriebene, nur im Umschlag ‚rote‘ Bestseller von Thilo Sarrazin⁴ mit seinen ethnogenetischen bzw. sozialbiologistischen Interpretationen zum Bereich Integration und Migration und seinen kulturalistischen Kollektivenunziationen ‚der Muslime‘, die ich von Beginn an scharf zurückgewiesen habe. Einige der ethnogenetischen Passagen hat er später zum Teil stillschweigend abgemildert oder gelöscht - allerdings erst in der 12. Auflage, hoch über einer Million.

Sarrazins Buch war aber zunächst gar nicht als Beitrag zur Diskussion von Migrations-, Integrations- oder gar Islamfragen angelegt. Das Thema Integration war vielmehr ein ausgewucherter Nebenast, auf dem es übrigens, trotz vieler unerträglicher Bewertungen, auch pointiert angesprochene und treffende Kritikpunkte gibt. Die aber hätte Sarrazin in der Fachdiskussion, auch bei mir selbst, schon Jahre, zum Teil sogar Jahrzehnte früher finden können, wenn er denn mehr Fachliteratur gelesen hätte und weniger desintegrative Meinungspublizistik mit vorwiegend anekdotischer Evidenz. Hauptthema des Buches war vielmehr eine Kritik an Fehlentwicklungen und Fehlsteuerungen im zunehmend torkelnden Wohlfahrtsstaat. Diese Kritik teile ich im Kern seit langer Zeit in einer ganzen

⁴ T. Sarrazin, Deutschland schafft sich ab, DVA, 1.-12. Aufl. München 2010.

Reihe von Punkten⁵, hier wiederum abgesehen von Sarrazins elitär-sozialaggressiven Bewertungen und sogar sozialhygienisch-bevölkerungspolitischen Vorschlägen z. B. im Bildungsbereich.

Und da war, drittens, eine bald entfesselte, auflagengierige Mediendiskussion über Sarrazins Thesen oder das, was dafür ausgegeben oder daraus abgeleitet wurde. Dabei wurde das gesellschaftspolitisch brisante Reizthema der angeblich ‚gescheiterten Integration‘ mit gruppenspezifischer Sündenbock-Denunziation ‚der Muslime‘ in den Vordergrund gerückt. Die Mediendiskussion wurde mit einer unbeschreiblich aggressiven Strategiekampagne vorbereitet durch die Verlagsgruppe Random House, z.B. mit denunziativ pauschalisierenden Vorabinformationen über eine angeblich fortschreitende Verdummung Deutschlands durch kulturell und vor allem demographisch gefährliche, weil wenig intelligente, aber lendenstarke Muslime mit gebärfreudigen Frauen.

Sogleich präsentierte Gegenbelege verwiesen z.B. auf die Elitenzuwanderung von Muslimen aus dem Iran oder später aus Afghanistan, also darauf, daß es hier nicht um Religions-, sondern um Milieufragen ging. Es wurde darauf hingewiesen, daß viele Vergleiche fragwürdig seien, bis hin zu der Tatsache, daß auch ‚die Türken‘ im Generationenvergleich erhebliche Bildungserfolge zu verzeichnen hätten und überdies z.B. Einwanderer mit italienischem Migrationshintergrund geringere Bildungserfolge hätten als ‚die Türken‘, obgleich Italiener bekanntlich keine Muslime sind.⁶

Die medial vergrößerte These ‚Islam macht dumm‘ war also von Beginn an ein argumentativer Rohrkrepierer. Aber sie paßte vielen Vorurteilsträgern so verlockend ins projektive Puzzle, daß sie kaum mehr herauszulösen war. Das bestärkte in manchen Kreisen eine gesellschaftlich gefährliche Abwehrhaltung gegenüber ‚dem‘ Islam. Umgekehrt entsetzte und beleidigte sie Millionen erfolgreich integrierter Einwanderer muslimischen Glaubens. Sie lockerte die Bindung der hochmotivierten und leistungsstarken neuen deutsch-türkischen Elite an das Einwanderungsland und bestärkte latente Abwanderungsneigungen. Bei der Minderheit der tatsächlich unzureichend integrierten - durchaus nicht nur muslimischen - Einwanderer hingegen bewirkte die als aufklärerische ‚Islamkritik‘ verkleidete kulturalistische Minderheitendenunziation absolut gar nichts.



Die medial verstärkte Agitation war in ihrem Ergebnis ein Musterbeispiel für ‚negative Integration‘, also die identitätsstiftende Selbstvergewisserung der Mehrheit durch die denunziative Auskreisung von Minderheiten, hier ‚Muslime‘, insbesondere Türken, aber auch ‚Arabern‘. Die Agitation führte zugleich zu einer Konfrontation von auch aus ganz anderen Gründen empörten ‚Angst- und Wutbürgern‘ mit vermeintlichen ‚Schönrednern‘, die sich wechselseitig paranoide Islamophobie und kurzfristig-naives ‚Gutmenschentum‘ vorhielten. Carl Schmitt hätte sein Freund/Feind-Konzept daran erproben können – wenn das Niveau der Diskussion nicht so flach gewesen und nicht gelegentlich in keulenbewehrten Positionierungen erstarrt wäre.

⁵ Vgl. hierzu einmal K. J. Bade (Hg.), *Das Manifest der Sechzig: Deutschland und die Einwanderung*, München 1994; vgl. ders., *Leviten lesen. Migration und Integration in Deutschland*, IMIS-Beiträge 31/2007, Osnabrück 2007 (www.kjbade.de/Neuerscheinungen); ders., *Versäumte Integrationschancen und nachholende Integrationspolitik*, in: ders./K.H.Hieserich (Hg.), *Nachholende Integrationspolitik und Gestaltungsperspektiven der Integrationspraxis*, Göttingen 2007, S. 92-95.

⁶ K. J. Bade zu dem am 23. August im Spiegel erschienenen Artikel von T. Sarrazin ‚Was tun?‘, 23.8.2010, http://www.svr-migration.de/?page_id=47; ders., *Mehr Sachlichkeit und konstruktives politisches Engagement. Die ‚Sarrazin-Debatte‘ und die Folgen*, in: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, 2010 (http://www.frankfurter-hefte.de/Archiv/2010/Heft_11/Zwischenruf); ders., *Nord-Neukölln ist nicht Berlin*, in: *Neue Osnabrücker Zeitung*, 26.9.2010; ausführlicher: N. Foroutan (Hg.), *Sarrazins Thesen auf dem Prüfstand* (<http://www.heyamat.hu-berlin.de/sarrazin2010>); umfassende Einordnung: P. Bahnert, *Die Panikmacher. Die deutsche Angst vor dem Islam. Eine Streitschrift*, München 2011.

Die törichte neue Zeitrechnung in der Integrationsdiskussion lautete nunmehr ‚vor‘ oder ‚nach Sarrazin‘. Dabei machten die Newcomer in der Diskussion durch ihre einseitige Orientierung an dem Latecomer Sarrazin freilich nur deutlich, daß sie sich vorher nicht um das Thema gekümmert hatten – zu einer Zeit nämlich, als die Dinge noch gestaltbar waren. Diejenigen aber, die, wie der Verfasser, schon lange vor Sarrazin nachdrücklich, wenn auch vergeblich vor einschlägigen Fehlentwicklungen gewarnt hatten, wurden, wenn sie jetzt die überzogene Kritik Sarrazins und insbesondere seine gruppenfeindlichen Schuldzuschreibungen zurückwiesen, in oft hysterischen Kommentaren als ahnungslose ‚Gutmenschen‘ und ‚Schönrednern‘ oder auch als bössartige ‚Ideologen‘ beschimpft. Sie wurden von zunehmend völkisch agitierenden Blogs aber auch zu ‚Volksverrättern‘ erklärt und zur allgemeinen Ächtung oder gar Bestrafung ausgeschrieben, so daß man mitunter auf Saalschutz gegen Pöbler achten mußte.

Forciert wurde die Wirkung des Sarrazin-Buches besonders durch die erwähnten skandalisierenden Mediendiskurse nach dem Motto ‚Nur eine schlechte Nachricht ist eine gute Nachricht‘. Deshalb auch verkaufte sich die falsche Information, die Integration sei schlechter als ihr Ruf viel besser als die zutreffende gegenteilige Botschaft, dass Integration im Alltag der Einwanderungsgesellschaft in Wahrheit viel besser ist als ihr von der Desintegrationspublizistik nachhaltig beschädigter Ruf im Land.

Das zeigt ein Vergleich des Jahresgutachtens des Sachverständigenrates mit dem wenig später erschienenen Buch von Thilo Sarrazin. Heribert Prantl hat das im Herbst 2010 eindringlich betont: „Gut zwei Monate vor dem Sarrazin-Buch ist das Buch erschienen, auf das seit dem Sarrazin-Buch alle warten [...]. Es handelt sich um das Jahresgutachten ‚Einwanderungsgesellschaft 2010‘ samt einem ‚Integrationsbarometer‘. Dieses Werk [...] ist in fast jeder Hinsicht ein Anti-Sarrazin.“⁷

Indirekt warben für das Buch von Thilo Sarrazin auch Kohorten von rechtspopulistischen und ‚islamkritischen‘ Publizisten. Dabei ging und geht es oft um publizistische Strömungen, die dahin tendieren, eine differenzierte, unaufgeregt-pragmatische Diskussion und das Bemühen um abgewogene Einschätzungen alarmistisch und agententheoretisch zu denunzieren – z.B. als „Kulturrelativismus“, „ideologische“ Parteinahme (N. Kelek) oder gar als arglistige Teufelei im Dienste einer imaginierten islamistischen Weltmission, von deren Beschwörung die ‚islamkritische‘ Desintegrations-publizistik lebt.⁸

Hier wiederum schließen als denunziativ agitierende Internet-Blogs wie ‚Politically Incorrect‘ (PI) mit ihren ‚kritischen‘ Informationen und ihren Kommentarlängen mit diffamierenden Schmäh- und zuweilen auch Drohmails an. Früher warf man missliebigen Gegnern oder Gruppen die Scheiben ein oder zertrümmerte ihre Geschäfte. Heute stellt man sie an den virtuellen Pranger und lädt damit zu anonymen Hasstiraden in den Kommentarspalten ein. Gegen die Autoren ermitteln dann mitunter die Staatsschutzabteilungen der Landeskriminalämter. Wenn die Verfasser zu feige sind, ihre Adressen preiszugeben, trifft die Haftung die presserechtlich Verantwortlichen der Blogs. Gerade deswegen sollte z.B. das durch die Praxis der



⁷ H. Prantl, Willkommen!, in: Süddeutsche Zeitung, 11.09.2010, S. V2/1.

⁸ Letzte Beispiele aus der FAZ, die hierzu insbesondere N. Kelek seit Jahren eine Plattform bietet: N. Kelek, Das ist Kulturrelativismus, in: FAZ, 15.02.2011, S. 29 (gegen den international renommierten Lehrstuhlinhaber für Bürgerliches Recht, Internationales Privatrecht und Rechtsvergleichung sowie Direktor des Erlanger Zentrums für Islam und Recht in Europa, Prof. Dr. Mathias Rohe, der, im Gegensatz zu der publizistischen ‚Islamkritikerin‘ Kelek, ein in Forschung und Lehre ausgewiesener wissenschaftlicher Islamkenner ist); Replik: M. Rohe, Das ist Rechtskulturrelativismus, in: FAZ, 22.02.2011, S. 30; das gleiche sachlich falsche und denunziativ-diffamierende Schauspiel gegenüber dem Verfasser und SVR-Vorsitzendem: N. Kelek, Professor Bade gibt den Anti-Sarrazin, in: FAZ, 09.05.2011, S. 25; Replik: K. J. Bade, Ich sitze keinem Politbüro vor, in: FAZ, 18.05.2011, S. 26 (vgl. hierzu: www.kjbade.de, hier: ‚in eigener Sache‘); über N. Kelek als ‚Zeugin der Anklage‘: Bahners, S. 131-174.

eigenen Kommentarspalten widerlegte Motto „Für Verfassung und Menschenrechte“ („Politically Incorrect“) einer neuerlichen Beobachtung solcher publizistischen Umtriebe durch den Verfassungsschutz nicht im Wege stehen.⁹

Pöbelnde, in ‚Politically Incorrect‘ und anderen Internet-Blogs gefeierte Unterstellungen machten auch nicht vor Präsidentenschelte Halt. Das galt z.B. für die mutige und richtungweisende Bremer Rede des Bundespräsidenten Christian Wulff „Vielfalt schätzen – Zusammenhalt fördern“ zum 20. Jahrestag der deutschen Vereinigung am 3. Oktober 2010 und für seine Rede vor dem türkischen Parlament in Ankara.¹⁰ In der auffallenden Empörung trat eine Botschaft des Bundespräsidenten ganz in den



Hintergrund, die viel wichtiger war als seine im Grunde nur beschreibende Bremer Bestandsaufnahme, dass auch der Islam zu Deutschland gehöre. Diese Einschätzung lautstark zu dementieren, war eine dem Höhepunkt der ‚Sarrazin-Debatte‘ geschuldete politisch-populistische Erkenntnisverweigerung, die sich schon vor der schlichten Tatsache blamierte, dass es heute mehr als zwei Millionen Deutsche muslimischen Glaubens gibt; ganz abgesehen davon, dass dieses Statement gar nicht mehr

sonderlich originär und in viel wuchtigerer Form schon vom seinerzeitigen Bundesinnenminister Schäuble 2006 zum Auftakt der Islam-Konferenz im Bundestag vorgetragen worden war. Schäuble hatte sogar davon gesprochen, dass der Islam ein Teil der deutschen und europäischen Gegenwart und Zukunft sei – und war, ob solch mutiger Einsicht und Weitsicht, damals eifrig belobigt wurde.

Die für die Einwanderungsgesellschaft in Deutschland viel wichtigere Botschaft in der Rede des Bundespräsidenten Christian Wulff zum 3. Oktober 2010 aber lautete dem Sinne nach: Gesellschaftliche Vielfalt aushalten lernen ist im Einwanderungsland alltägliche Bürgerpflicht. Diese Vielfalt kann sich in Deutschland frei entfalten. Sie muss aber entschieden, Streitbar und abwehrbereit in den Grenzen unserer Verfassungsordnung gehalten werden. Zur deren Axiomatik gehört bekanntlich der Leitgedanke, dass der eigene Anspruch auf Recht und Freiheit sich nicht auf Unrecht und Unfreiheit für andere gründen darf.

In die Spielregeln der Bürgergesellschaft als Einwanderungsgesellschaft übersetzt, heißt dies: Die erwähnte negative Integration im Sinne der identifikatorischen Selbstvergewisserung der Mehrheit durch die diffamierende Auskreisung von Minderheiten ist nichts anderes als ein Angriff auf die Grundwerte und auf den sozialen Frieden in der Bürgergesellschaft als Einwanderungsgesellschaft. Es wird Zeit, die publizistische Desintegrationsindustrie nicht länger zu verharmlosen unter dem Leitmotto, „Man wird doch wohl noch sagen dürfen...“. Man darf dies ausdrücklich nicht, wenn es sich dabei um einen Kommunikations- oder gar Zivilisationsbruch in der Einwanderungsgesellschaft handelt, z.B. in Gestalt pauschalisierender religiöser oder ethnischer Gruppendenunziationen. Das ist mit dem Grundgesetz nicht vereinbar.

Es ist an der Zeit, die Botschaften unserer Verfassung mehr im Alltag zu verankern und damit von der Kita an aufwärts spürbar zu machen, wo, auch in der alltäglichen Kommunikation, die Grenze zum Verfassungsbruch liegt. Die amerikanischen Schüler erheben sich vor dem Unterricht zum Bekenntnis zu Ihrer Verfassung („American's Creed“) mit der Hand auf dem Herzen. Wir brauchen wahrhaftig keinen ‚German's Creed‘, schon gar nicht mit politisch-religiöser Semantik. Aber wenn die Verfassung

⁹ B. Kastner, Der Feind steht fest, in: Süddeutsche Zeitung Online, 2.3.2011; ders., Ein Feindbild als Programm, in: Süddeutsche Zeitung, Landkreisausg., 1. 6.2011; J. Schindler, Die wahren Deutschen. Erkundungen am rechten Rand der Republik, in: Berliner Zeitung, 17.6.2011.

¹⁰ N. Kelek, Wulffs Republik der Gläubigen, in: FAZ, 22.10.2010, S. 25; div. Meldungen in PI.

gelebt werden soll, muß die Beschäftigung mit ihren Grundwerten mehr sein als ein Spezialthema im Sozialkundeunterricht.

3. Politik und Populismus

Die Medienagitation führte zugleich zu einer Konfrontation ‚Angst- und Wutbürgern‘ mit als ‚Schönrednern‘ diffamierten angeblichen Euphemisten in Sachen Integration und Islam. Die meisten Politiker distanzieren sich klar von dieser Agitation. Nicht wenige aber ließen sich zum vermeintlichen Ausweis ihrer volksnahen Kompetenz im Herbst 2010 doch zu mitunter fatalen populistischen Konzessionen an die aufgeheizte Stimmung hinreißen. Das galt insbesondere für den Höhepunkt der sog. Sarrazin-Diskussion im Oktober 2010. Vier prominente Beispiele seien hier genannt:

1. Der bayerische Ministerpräsident Seehofer empfahl, die Grenzen vor Türken und Arabern zu schließen und votierte gegen eine Zuwanderung „aus fremden Kulturkreisen“¹¹ (ohne die gerade Bayern zweifelsohne nicht entstanden wäre). In seiner Rede zum politischen Aschermittwoch am 9. März 2011 garantierte er unter tosendem Applaus sogar einen Kampf „bis zur letzten Patrone“ gegen kulturfremde Einwanderung.¹² Wer als Landesvater solche Wagenburg-Mentalitäten verbreitet, darf sich nicht wundern, wenn alsbald ‚echte‘ völkisch-rechtspopulistische Parteien auftreten wie die in Berlin gegründete ‚Freiheitspartei‘, die am 4. Juni 2011 einen bayerischen Landesverband gründete, geführt ausgerechnet von einem leitenden Mitarbeiter des Münchner Ausländeramtes, der vorwiegend mit aufenthaltsbeendenden Maßnahmen beschäftigt ist, d.h. mit der Ausweisung und Rückführung bzw. Abschiebung.¹³

2. Der damalige Bundesinnenminister De Maizière suchte im Oktober 2010 vergeblich zunächst im BMI, dann auf Länderebene nach den Spuren eines Phantoms, nämlich nach Belegen für die angeblich ca. 15 Prozent „Integrationsverweigerer“, die er „härter bestrafen“ wollte.¹⁴ Dazu aber fehlte von Beginn an ein erhebungstechnisch tauglicher Begriff ebenso wie eine solide Zahlenbasis, die dem Minister selbst das ihm unterstehende Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), dessen Beirat ich angehöre, nicht einmal für den – sogar überwiegend freiwilligen – Besuch der Integrationskurse liefern konnte. Die Rede von den ‚Integrationsverweigerern‘ aber war schon unmittelbar nach der eher beiläufig platzierten semantischen Fehlinformation bei der Vorstellung des bundesweiten Integrationsprogramms auf der Pressekonferenz in Berlin am 8. September 2010¹⁵ zu einem denunziativen Stereotyp geworden. Sie löste prompt eine minderheitenfeindliche, insbesondere wieder einmal islamophobe Sanktionsdebatte aus, die an das wüste Wild-West-Motto erinnerte: ‚Erst schießen, dann fragen, wer da liegt!‘



¹¹ Seehofer gegen Zuwanderung aus „fremden Kulturkreisen“, in: ZEIT Online, 09.10.2010 (<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2010-10/seehofer-integration-zuwanderer>).

¹² Guttenberg hui. Einwanderer pfui, in: ZEIT Online, 09.03.2011 (<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2011-03/politischer-aschermittwoch-guttenberg>).

¹³ B. Kastner, Rechtspopulist arbeitet bei der Ausländerbehörde, in: Süddeutsche Zeitung, 11./12./13.6.2011, S. 31.

¹⁴ De Maizière will Integrationsverweigerer härter bestrafen, in: RP Online, 16.10.2010 (http://www.rp-online.de/politik/deutschland/De-Maiziere-will-Integrationsverweigerer-haerter-bestrafen_aid_919181.html); vgl. K. J. Bade, Wer sind die eigentlichen Integrationsverweigerer?, in: Migazin.de, 16.9.2010 (<http://www.migazin.de/2010/09/16/wer-sind-die-eigentlichen-integrationsverweigerer/>).

¹⁵ Falsche Zahlen, Symbolpolitik und Scheinheiligkeit, in: Migazin.de, 09.09.2010 (<http://www.migazin.de/2010/09/09/bundesweites-integrationsprogramm-falsche-zahlen-symbolpolitik-und-scheinheiligkeit/>). De Maizière hatte den Begriff auch schon einige Tage zuvor im „Bericht aus Berlin“ gebraucht (<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,715820,00.html>).

3. Ebenfalls im Oktober 2010 warnte die Familienministerin Schröder schlagzeilenstark vor ‚Minderheitenrassismus‘ und ‚Deutschenfeindlichkeit‘ auf den Schulhöfen.¹⁶ Sie finanzierte wissenschaftliche Schnellgutachten, die den erhofften Zusammenhang von muslimischem Glauben und Gewaltaffinität bei Jugendlichen aber nicht nachweisen konnten; denn es geht hier bekanntlich nicht primär um Religionsfragen, sondern vorwiegend um eine Mischung von Milieuproblemen und sozial aggressivem Macho-Gehabe. Das hinderte die Ministerin nicht, ihre mehr gefühlte als begründete These weiter zu verbreiten.¹⁷

4. Gleichfalls im Oktober 2010 verkündete Bundeskanzlerin Merkel, die sich zuvor klar von der medialen Sarrazinade distanziert hatte, in Wahlkampfstimmung plötzlich barsch: „MultiKulti“ sei „gescheitert, absolut gescheitert“, was der bayerische Ministerpräsident steigerte zu der Sterbeurkunde „MultiKulti ist tot“. ¹⁸ Diese finale Diagnose war in der Sache war in der Sache doppelt falsch; denn man muß hier gesellschaftspolitische Konzepte und gesellschaftliche Entwicklung unterscheiden: Als Regierungskonzept hat es Multikulturalismus in Deutschland – im Gegensatz zu den Niederlanden – nie gegeben. Es gab hierzulande nur die frühen, naiven Vorstellungen von einigen Grünen von Integration als immerwährendem Straßenfest mit fröhlichen Rutschbahnen in ein buntes Paradies.

Aber von dieser realitätsblinden MultiKulti-Romantik haben sich die frühen Grünen viel rascher gelöst als die Unionsparteien mit ihrem noch Jahrzehnte beibehaltenen Mantra der defensiven Erkenntnisverweigerung „Deutschland ist kein Einwanderungsland“. Das gleiche galt für die lange kontra-integrativen Konzepte wie ‚soziale Integration‘ nur ‚auf Zeit‘ zur ‚Aufrechterhaltung der Rückkehrbereitschaft‘ mit ausdrücklicher Warnung vor ‚Assimilation‘, die diese Heimatorientierung schwächen könnte, gezielt segregativen „Nationalklassen“ an bayerischen Schulen u.a.m.



Das war lange die wirkliche, insbesondere unter dem Einfluß der bayerischen Schwesterpartei der Union getretene regierungsamtliche Integrationsbremse, verstärkt durch den publizistischen ‚Sperrriegel‘ (D. Oberndörfer) mit dem Markenzeichen FAZ. Es wäre deshalb parteipolitische Geschichtsklitterung, zu behaupten, MultiKulti hätte Deutschland daran gehindert, rechtzeitig Integrationspolitik zu treiben. Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Zu Recht hat deswegen der vormalige Bundespräsidenten Horst Köhler 2006 selbstkritisch bekannt, man habe die Integration schlicht politisch „verschlafen“. ¹⁹

Den vielgezielenen Multikulturalismus hat es als Regierungskonzept in Deutschland also nie gegeben. Und die multikulturelle Realität unserer Gesellschaft zu bestreiten, wäre heute noch realitätsferner als das alte Dementi ‚Deutschland ist kein Einwanderungsland‘. Deutschland ist heute de facto ein multikulturelles Land, ob man das will oder nicht.

¹⁶ Deutschenfeindlichkeit ist Rassismus, 11.10.2010 (http://www.cdu.de/archiv/2370_31685.htm).

¹⁷ Familienministerin Schröder bekräftigt These von zunehmender Deutschenfeindlichkeit, in: Bochumer Zeitung, 22.11.2010 (<http://www.bochumer-zeitung.net/aktuell/politik/166992-familienministerin-schroeder-bekraeftigt-these-von-zunehmender-deutschenfeindlichkeit>).

¹⁸ A. Merkel am 16.10.2010 beim Deutschlandtag der Jungen Union (JU) in Potsdam (<http://www.dw-world.de/dw/article/0,,6118143,00.html>).

¹⁹ Bade, Leviten lesen, s. Anm. 5.

4. Stimmungswandel

Die ‚Sarrazin-Debatte‘ im Sommer und Herbst 2010 führte zu deutlichen Stimmungsveränderungen in der Einwanderungsgesellschaft. Sie bewirkte ferner im Ausland bereichsweise eine erneute Verdüsterung des gerade erst aufgehellten Bildes von Integration in Deutschland. Der SVR hat die Stimmungsveränderungen Ende 2010, also nach dem Höhepunkt der ‚Sarrazin-Debatte‘, in einer zweiten Repräsentativbefragung erfasst.²⁰ Ergebnis: Im Vergleich zu der erwähnten Befragung von Ende 2009 (Integrationsbarometer 2010) ist in der Einwandererbevölkerung der hohe Anteil der ‚Integrationsoptimisten‘ um mehr als die Hälfte gesunken (von ca. 22 % auf ca. 9 %). Umgekehrt ist der sehr niedrige Anteil der ‚Integrationspessimisten‘ auf fast das Doppelte gestiegen (von ca. 3,5 % auf ca. 6 %). Auch in der Mehrheitsbevölkerung ohne Migrationshintergrund ist der von Beginn an niedrige Anteil der ‚Integrationsoptimisten‘ auf mehr als die Hälfte geschrumpft (von ca. 11 % auf ca. 4 %).

Zugleich aber ist in der breiten Mitte der Einwanderungsgesellschaft bei der Bevölkerung mit wie ohne Migrationshintergrund eine in unterschiedlichem Grad aus Enttäuschung, aus Ernüchterung oder aus näherer Information geborene pragmatische Differenzierung gewachsen: von rund ca. 20% bzw. 21% auf ca.33% bzw. 34% in der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund.

Anders gewendet: Die Folgeschäden der ‚Sarrazin-Debatte‘ sind zwar beträchtlich. Das gilt für die aus Enttäuschung und Bestürzung resultierenden Stimmungstrübungen in der Einwandererbevölkerung wie für den neuerlichen Attraktivitätsverlust des Einwanderungslandes nach außen. Insofern war die mediale ‚Sarrazin-Debatte‘ für das auf kulturelle Toleranz und sozialen Frieden im Innern und auf qualifizierte Zuwanderung von außen angewiesene Land ein doppeltes Eigentor. Im breiten Meinungsfeld in der Mitte Einwanderungsgesellschaft aber sind zugleich die pragmatisch-nüchternen Einschätzungen gewachsen, trotz allem politischen Gerede von den sogenannten ‚Ängsten in der Bevölkerung‘, die man ‚ernst nehmen‘ müsse.

Das aber heißt: Die Einwanderungsgesellschaft urteilt in Sachen Integration und Integrationspolitik in Wahrheit durchaus informierter, rationaler und pragmatischer. Und sie scheint deutlich belastbarer zu sein als von vielen politischen Akteuren vermutet. Ähnliches gilt für den Beobachtungsbereich Migration und Migrationspolitik.

5. Migration und Migrationspolitik

Das Ende 2010 erhobene und mit dem neuen SVR-Jahresgutachten ‚Migrationsland 2011‘ im April 2011 vorgelegte Migrationsbarometer fragt nach den Einschätzungen von Migration und Migrationspolitik auf beiden Seiten der Einwanderungsgesellschaft. Ergebnis: In der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund gibt es nur wenige gravierende Fehleinschätzungen - die wiederum nicht zuletzt mit der islamophoben Desintegrationspublizistik zusammenhängen.

Das gilt prompt für die Überschätzung der Zuwanderung aus der Türkei, die in Wirklichkeit erheblich geringer ist als die Abwanderung aus Deutschland in die Türkei: Wanderungsbilanz netto für Deutschland 2008 und 2009 jeweils ca. minus 10.000 (2010: ca. minus 6.000); und zwar vermutlich zu Lasten der Qualität des Erwerbspersonenpotentials in Deutschland; denn: Durch die aggressiv-minderheitenfeindliche Begleitmusik der ‚Sarrazin-Debatte‘ abgestoßene und mobilisierte, aber auch vom Wirtschaftswunder am Bosphorus angezogene Qualifizierte aus der neuen deutsch-türkischen Elite zeigen eine zunehmende Abwanderungsneigung oder verlassen auch das Land. Der Familiennachzug aus der Türkei dürfte deutlich unter diesem Qualifikationsniveau liegen, wiewohl es daneben auch eine - deutlich geringere - qualifizierte Zuwanderung aus der Türkei ebenso gibt wie

²⁰ SVR-Umfrage. Sarrazin-Debatte trübt Zuversicht bei Zuwanderern in Deutschland. SVR sieht ‚Eigentor‘, 10.01.2011 (http://www.svr-migration.de/?page_id=2633).

Rückkehrbewegungen von älteren Migranten und insgesamt eine erhöhte transnationale Mobilität. Unqualifizierte und Transferabhängige aus der deutsch-türkischen Community aber tendieren eher zum Bleiben in Deutschland, weil sie in der Türkei noch schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben als in Deutschland, aber kein Sozialsystem, das auch nur annähernd den Standards des deutschen Wohlfahrtsstaates entspricht.

Allgemein hin aber dominiert in der Bevölkerung weithin eine nüchterne bzw. interessengeleitete Einschätzung von Migration und Migrationspolitik. Diese pragmatischen Einschätzungen unterscheiden sich – wie im Falle des Geredes von der angeblich ‚gescheiterten Integration‘ – abermals wie in einem Zerrspiegel von düsteren Menetekeln: Hier geht es nicht, wie beim Thema Integration, um den Untergang der angeblich ‚tausendjährigen‘ (demnach also scheinbar aus dem Zeitalter der Kreuzzüge stammenden) deutschen Kultur im Malstrom der Desintegration, sondern um Zuwanderung als Bedrohung für Arbeitsmarkt und Sozialsysteme im Wohlfahrtsstaat (Stichworte: ‚Dumping-Konkurrenz‘ und ‚Einwanderung in die Sozialsysteme‘).

Diese Schreckbilder werden auch hier wieder von der desintegrativen Sensationspublizistik verbreitet. Als Menetekel an die Wand geworfen werden sie zugleich auch hier nicht selten von politischen Akteuren, die die Informiertheit und Belastbarkeit der Bürger unterschätzen. Solche populistischen Menetekel dienen aber zur Legitimation von politischem Nichthandeln bzw. von Fundamentalopposition gegenüber migrationspolitischen Reformkonzepten. Hierher gehören die bekannten Popanz-Dementis, mit ‚uns‘ bzw. ‚mir‘ werde es in Deutschland (und erst recht in Bayern) ‚keine Schleusenöffnung für eine Masseninvasion von Migranten‘ geben (zumal nicht aus ‚fremden Kulturen‘). Beispiele dafür gibt es ohne Ende.

Fazit: Beide Seiten der Einwanderungsgesellschaft in Deutschland sind – von einigen Fehleinschätzungen abgesehen – über die Integrations- und Migrationsverhältnisse im Land zumeist besser informiert und in ihrem weithin kritisch differenzierenden Pragmatismus belastbarer als die mediengläubige Politik gelegentlich anzunehmen scheint. Beendet werden sollte deshalb das politische Versteckspiel hinter angeblichen Ängsten der Bürger vor Integration und Migration. An seine Stelle treten sollten erkennbar konzeptorientierte Richtungsentscheidungen.

Vor fast drei Jahrzehnten, 1983, habe ich davor gewarnt, die Eigendynamik von Integration „als gesellschaftspolitisches Problem ersten Ranges“ zu unterschätzen; dies könnte andernfalls am Ende „für die politischen Parteien in der parlamentarischen Demokratie dieser Republik schwerwiegende Legitimationsprobleme aufwerfen“.²¹ Ich fürchte es ist soweit. Die ‚Wutbürger‘-Emotionen, die sich in der ‚Sarrazin-Debatte‘ bündelten, waren aber in Wahrheit nur die Spitze eines Eisbergs.



Im Kern geht es um die Frage, ob es Politik in Deutschland im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern noch gelingen kann, die politische Formation des völkischen Rechtspopulismus aufzufangen, der auch hierzulande an den Themen Migration und Inte-

gration kristallisiert. Nicht auszuschließen ist, daß diese neuen Gruppierungen nur noch eines parteipolitischen Sammelbeckens und eines charismatischen Führers bedürfen, um gefährliche Sprengkraft zu entfalten. Die aber dürfte, zumindest nach außen hin, schon deswegen anders wirken,

²¹ K. J. Bade, Vom Auswanderungsland zum Einwanderungsland? Deutschland 1880-1980, Berlin 1983, S. 116, 119.

weil dieses Land im Blick auf die Behandlung von Minderheiten eine besondere Geschichte hat, die es von anderen modernen Einwanderungsländern in Europa unterscheidet.

Die Zeit der ausweichenden Redensarten in Sachen Integrations- und Migrationspolitik ist vorbei. Das Versteckspiel mit den angeblichen Ängsten der Bürger muß aufgegeben werden. Andernfalls besteht die Gefahr, daß sich der Souverän noch stärker von seinen auf Zeit gewählten Vertretern abkehrt und sich vielleicht politischen Scharlatanen oder auch neuen Protestbewegungen zuwendet, die wir unter Umständen schon aus der Geschichte kennen und die nur noch auf verstärkte parteipolitische Sammlung und Führung warten. Die Bürgergesellschaft erwartet klare, zielorientierte und damit in ihrer Zielannäherung bewertbare Konzepte, getragen von politischer Führungsstärke und Verantwortungsbereitschaft.